

Niederschrift

über die 26. Sitzung des Rates der Stadt Jever

Sitzungstag: 26.02.2026
Sitzungsort: Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:07 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzender

Janßen, Dieter

Stellvertretende Vorsitzende

Vredenburg, Elke

Ratsmitglieder

Albers, Jan Edo, Bürgermeister

Albers, Udo

Beckmann, Sina

Berghaus, Beate

Bollmeyer, Matthias, Dr.

Bunjes, Gertrud

Online-Sitzungsteilnahme, bis TOP 19

de Neidels, Oliver

Fischer, Stefan

Haartje-Graalfs, Christina

Harjes, Olaf

Hartwig, Marcus

Online-Sitzungsteilnahme

Koch, Nicola, Dr.

Kourim, Frank

Montigny, Bettina

Oltmanns, Karl

Raquet, Sibylle

Rasenack, Marianne

Remmers, Andrea

Remmers, Jenny

Rott, Gerhard

Schüdzig, Herbert

Theemann, Hendrik

Thomßen, Almuth

Ulferts, Kai

Ultsch, Jürgen

Weil, Elke

Volken, Wilfried

Zillmer, Dirk

Verwaltung

Atzesdorfer, Mario
Bischof, Annika
Ehlert, Dana
Meins, René
Noack, Christian
Ommen, Monika
Wüllner, Inka

als Protokollführer

Entschuldigt war:

Ratsmitglied
Eden, Stephan

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung durch den Ratsvorsitzenden

Der Ratsvorsitzende eröffnet die Sitzung um 19:02 Uhr. **Er** weist die online an der heutigen Sitzung des Rates teilnehmenden Mitglieder des Rates der Stadt Jever sowie Bürgerinnen und Bürger zugleich darauf hin, dass die Sitzungstechnik abgeschaltet werden müsse, wenn anhaltende technische Schwierigkeiten den reibungslosen Sitzungsverlauf störten.

TOP 2. Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder

Der Ratsvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der zuvor genannten Ratsmitglieder fest.

TOP 3. Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Ratsvorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

TOP 4. Feststellen der Tagesordnung

Ratsfrau Raquet beantragt, die Tagesordnungspunkte 14 „Anwendung des Niedersächsischen Gesetzes zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse“ und 15 „Kinderbetreuungskonzept; Ganztagsmonitor – Grundschule Cleverns auf dem Weg zur Ganztagschule“ der heutigen Sitzung des Rates der Stadt Jever vorzuziehen und vor dem Tagesordnungspunkt 12 „Haushalt 2026; Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026“ der heutigen Sitzung des Rates der Stadt Jever zu beraten und führt aus, dass es sich insbesondere bei dem Tagesordnungspunkt 15 der heutigen Tagesordnung um eine Angelegenheit handle, die ebenfalls für den diesjährigen Haushalt von Bedeutung und ihrer Ansicht nach daher durchaus vor dem Tagesordnungspunkt 12 beraten werden sollten.

Der Ratsvorsitzende bittet sodann um Abstimmung über den Antrag der Ratsfrau Raquet, die Tagesordnungspunkte 14 „Anwendung des Niedersächsischen Gesetzes zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse“ und 15 „Kinderbetreuungskonzept; Ganztagsmonitor – Grundschule Cleverns auf dem Weg zur Ganztagschule“ der heutigen Sitzung des Rates der Stadt Jever vorzuziehen und vor dem Tagesordnungspunkt 12 „Haushalt 2026; Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026“ der heutigen Sitzung des Rates der Stadt Jever zu beraten.

Der Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung im Übrigen wie vorgelegt festgestellt.

TOP 5. Genehmigung des Protokolls Nr. 25 über die Sitzung des Rates vom 18. Dezember 2025 - öffentlicher Teil -

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 6. Bericht des Bürgermeisters über

TOP 6.1. Wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Der Bürgermeister informiert über die wichtigen Beschlüsse des Verwaltungsausschusses aus den Sitzungen vom 20. Januar 2026, 10. Februar 2026 und 24. Februar 2026. Eine Auflistung dieser Beschlüsse ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Anschließend gibt **Herr Atzesdorfer** die wesentlichen Inhalte des Bauberichtes 24/2021-2026 über den Berichtszeitraum vom 15. Dezember 2025 bis 23. Februar 2026 bekannt. Der vollständige Baubericht ist dieser Niederschrift ebenfalls als Anlage beigefügt.

Ratsfrau Raquet bezweifelt, dass die Maßnahmen zur Sanierung des Johann-Rasenack-Freibades Jever tatsächlich bis Mai 2026 abgeschlossen würden, wenn die Außenflächen des Freibadgeländes entsprechend der soeben von Herrn Atzesdorfer vorgetragenen wesentlichen Inhalte des Bauberichtes noch immer nicht hergerichtet worden seien und derzeit noch immer geprüft werde, ob Teile des neuen Rasens als Rollrasen verlegt würden.

TOP 6.2. Wichtige Angelegenheiten der Stadt

Keine Punkte.

TOP 7. Anträge und Beantwortung von Anfragen

Keine.

TOP 8. Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Der Ratsvorsitzende unterbricht die Sitzung um 19:21 Uhr, um den in Präsenz anwesenden Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit zu geben, Fragen an den Rat der Stadt Jever zu stellen.

Nachdem ein in Präsenz anwesender Bürger und eine in Präsenz anwesende Bürgerin hiervon Gebrauch gemacht haben, eröffnet **der Ratsvorsitzende** die Sitzung um 19:23 Uhr erneut.

**TOP 9. Kommunale Wärmeplanung der Stadt Jever;
hier: Beschlussfassung über die Endfassung und Maßnahmendefinition**

BauPlanA Nr. 57 vom 28. Januar 2026

VA Nr. 78 vom 10. Februar 2026

Vorlage: BV/1187/2021-2026

Ratsherr Dr. Bollmeyer beantragt für die CDU-Fraktion, die Beschlussfassung über die Endfassung und Maßnahmendefinition der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Jever zunächst zu vertagen, bis die aktuell noch offenen und unklaren Aspekte in der Gesetzgebung auf Bundesebene geklärt seien. Zudem merkt **er** an, dass die CDU-Fraktion bereits einige unterschiedliche Anregungen gegeben bzw. Änderungsvorschläge zur kommunalen Wärmeplanung unterbreitet habe, die unabhängig von den derzeit noch auf bundespolitischer Ebene zu klärenden Diskrepanzen im Bereich der Energieversorgung in der vorliegenden Konzeption der kommunalen Wärmeplanung unberücksichtigt geblieben seien. **Ratsherr Dr. Bollmeyer** betont weiterhin, dass die Vertagung der Beschlussfassung über Endfassung und Maßnahmendefinition der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Jever problemlos möglich sei, da die Frist der Stadt Jever zur Vorlage einer entsprechenden Konzeption noch nicht erreicht sei. Diese ende bekanntlich erst im Sommer 2028. **Er** macht abschließend deutlich, dass die CDU-Fraktion der vorliegenden Konzeption zur kommunalen Wärmeplanung der Stadt Jever aus den zuvor genannten Gründen in der heutigen Sitzung des Rates der Stadt Jever daher auch nicht zustimmen werde.

Ratsherr Theemann unterstreicht die Ausführungen des Ratsherrn Dr. Bollmeyer ausdrücklich und erklärt, da die Diskussionen um eine mögliche Änderung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) auf Bundesebene erneut entfacht seien, spricht auch **er** sich zunächst dafür aus, das Gesetzgebungsverfahren des Bundes bezüglich des GEG zunächst abzuwarten, bevor die Stadt Jever nunmehr ihre kommunale Wärmeplanung verabschiede.

Bürgermeister Albers teilt mit, er persönlich gehe davon aus, dass sich die auf Bundesebene angestrebte Änderung des Gebäudeenergiegesetzes lediglich auf die bislang vorgegebene Zeitplanung beziehen werde und insbesondere diesbezüglich etwaige Änderungen vorgenommen werden könnten. Die konkrete Planung, an welchen Standorten Wärmenetze grundsätzlich künftig realisierbar seien, werde mit dem neu angestrebten Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des GEG nach seinem derzeitigen Kenntnisstand eher nicht verändert. Gleichwohl führt **er** aus, dass die Vertagung der Beschlussfassung über die Endfassung und Maßnahmendefinition der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Jever zwar möglich sei, aber nicht erforderlich, zumal nunmehr eine beschlussfähige Konzeption zur kommunalen Wärmeplanung der Stadt Jever vorliege.

Ratsherr Ultsch weist darauf hin, dass in der Forschung stetig Fortschritte zu verzeichnen seien. Aus diesem Grund es durchaus zu begrüßen, wenn die kommunale Wärmeplanung der Stadt Jever erst zu einem späteren Zeitpunkt vom Rat der Stadt Jever verabschiedet werde und mögliche Forschungsergebnisse sodann ebenfalls berücksichtige. **Er** führt ferner aus, dass seiner Ansicht nach in nicht allzu ferner Zukunft ohnehin mit einer Kernfusion zu rechnen sei. Zum aktuellen Zeitpunkt seien die Entwicklungen in diesem Bereich – auch vor dem Hintergrund der erneuten Diskussion auf bundespolitischer Ebene – ungewiss. **Ratsherr Ultsch** teilt abschließend mit, dass er den seitens des Ratsherrn Dr. Bollmeyer für die CDU-Fraktion gestellten Antrag auf Vertagung der Beschlussfassung über die

Endfassung und Maßnahmendefinition der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Jever vollumfänglich unterstütze.

Auch **Ratsherr Albers** äußert im Namen der Fraktion „Freie Wähler“ ihre Zustimmung zum Antrag der CDU-Fraktion hinsichtlich der Vertagung der Beschlussfassung über die Endfassung und Maßnahmendefinition der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Jever und erinnert, dass sich sowohl die seinerzeitige Gruppe SWG / FB im Rat der Stadt Jever als auch die heutige Fraktion „Freie Wähler“ für die Bildung eines eigenen Arbeitskreises bzw. Fachausschusses explizit für den Bereich „Klimaschutz“ ausgesprochen und einen gesonderten Sachantrag gestellt hätten, der jedoch keine Mehrheit des Rates der Stadt Jever gefunden hätte. **Er** macht deutlich, dass sich ein solcher Arbeitskreis bzw. Fachausschuss ebenfalls nochmals ausgiebig mit der kommunalen Wärmeplanung hätte auseinandersetzen können. Zugleich erklärt **Ratsherr Albers**, dass in dem vorliegenden Entwurf der Konzeption zur kommunalen Wärmeplanung der Stadt Jever kaum Input seitens des Rates der Stadt Jever enthalten sei und dieses stattdessen überwiegend eine reine Datenauswertung beinhalte, sodass dieses Konzept in der nunmehr vorliegenden Fassung seiner Ansicht nach verzichtbar sei. **Er** bittet abschließend sodann darum, dem Antrag der CDU-Fraktion auf Vertagung der Beschlussfassung über die Endfassung und Maßnahmendefinition der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Jever zuzustimmen und sich nochmals ausgiebig mit dem Konzept der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Jever auseinanderzusetzen, zumal aktuell keine zeitliche Notwendigkeit bestehe, die kommunale Wärmeplanung in der heutigen Sitzung des Rates der Stadt Jever zu verabschieden.

Ratsherr de Neidels bittet darum, die Sitzung kurz zu unterbrechen, um eine fraktionsinterne Beratung zu ermöglichen.

Der Ratsvorsitzende unterbricht die Sitzung um 19:28 Uhr.

Der Ratsvorsitzende eröffnet die Sitzung um 19:35 Uhr erneut.

Ratsherr Fischer erklärt für die SPD-Fraktion, sie werde dem seitens des Ratsherrn Dr. Bollmeyer für die CDU-Fraktion gestellten Antrag nicht zustimmen und führt aus, dass die im Entwurf vorliegende Konzeption der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Jever auch künftig stets an die aktuelle Gesetzgebung des Bundes oder des Landes Niedersachsen angepasst werden könne. Eine heutige Ablehnung bzw. Vertagung der Beschlussfassung über die kommunale Wärmeplanung würde für die Verwaltung nicht nur Mehraufwand bedeuten, sondern würde den Fortschritt der Stadt Jever hinsichtlich der Energiewende erheblich verzögern. Er würde vielmehr sich wünschen, wenn nunmehr sämtliche Fraktionen zum Wohle der Stadt Jever und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner gemeinsam agierten und dem vorliegenden Entwurf der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Jever zustimmten. Etwaige Änderungen an dieser Konzeption könnten zu gegebener Zeit immer vorgenommen werden. **Er** hebt in diesem Zusammenhang die Bedeutung eines zeitnahen Handelns hervor und appelliert abschließend an die übrigen im Rat der Stadt Jever vertretenen Fraktionen, nicht immer nur ausschließlich über die Notwendigkeit des Handelns zu debattieren.

Ratsherr de Neidels bittet die übrigen im Rat der Stadt Jever vertretenen Fraktionen darum, ihre Bedenken künftig frühzeitig zu äußern, um etwaige Sitzungsunterbrechungen in Ratssitzungen zu vermeiden. Er spricht sich im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen dafür aus, der vorliegenden Konzeption zur kommunalen Wärmeplanung der Stadt Jever nunmehr zuzustimmen, zumal auch auf bundespolitischer Ebene derzeit lediglich öffentliche Diskussionen bezüglich einer möglichen Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) geführt würden. Eine tatsächliche Änderung dieses Gesetzes stehe zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht bevor.

Der Ratsvorsitzende bittet sodann zunächst um Abstimmung über den seitens des Ratsherrn Dr. Bollmeyer für die CDU-Fraktion gestellten Antrag, die Beschlussfassung über die Endfassung und Maßnahmendefinition der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Jever zunächst zu vertagen.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 13 Nein 17 Enthaltung 0

Ratsherr Oltmanns führt aus, sofern der Rat der Stadt Jever die kommunale Wärmeplanung in seiner heutigen Sitzung abschließend beschließe, handele es sich um ein Projekt, welches über viele Jahre, eher Jahrzehnte in der Stadt wirken werde, weshalb sie insbesondere die kommenden Generationen betreffe. Konkret müsse die kommunale Wärmeplanung Planungssicherheit, aber auch Bezahlbarkeit gewährleisten. **Er** erklärt, die kommunale Wärmeplanung lege die konkreten Standortbestimmungen fest. Die Wärmeversorgung in Jever sei derzeit zu 93 % fossil geprägt. Zahlreiche Gebäude seien nicht saniert, viele Heizungen zudem am Ende ihrer Lebensdauer. Gleichzeitig würden die Anforderungen durch Klimaziele und gesetzliche Vorgaben steigen. Vor diesem Hintergrund sei von enormer Bedeutung, dass sich die Stadt Jever bereits im laufenden Prozess befinde, Daten erhoben, Potenziale analysiert und Gespräche mit Versorgern, Schornsteinfegerinnen und Schornsteinfegern, Heizungsbauerinnen und Heizungsbauern sowie den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt geführt habe. **Ratsherr Oltmanns** hebt zudem hervor, dass in Jever aktuell erfreulicherweise mehr Wärmepumpen als Gasheizungen verbaut würden. Die EWE Netz GmbH als hiesiger Energieversorger errichte außerdem keine neuen Gasnetze mehr. Außerdem betont **er**, dass sich die Stadt Jever mit einer verlässlichen, klimafreundlichen sowie langfristig bezahlbaren Wärmeversorgung für das gesamte Stadtgebiet eine eindeutige Zielvorgabe gesetzt habe. Diese klare Zielvorgabe könne sie seiner Ansicht nach bereits dadurch erreichen, dass sie mit der Beschlussfassung der kommunalen Wärmeplanung bereits Anfang 2026 weit vor der gesetzlichen Frist im Jahr 2028 eine Konzeption mit entsprechender Maßnahmendefinition vorlege. Letztlich müssten die in der kommunalen Wärmeplanung genannten Maßnahmen – vorbehaltlich der heutigen abschließenden Beschlussfassung über die kommunale Wärmeplanung insgesamt – jedoch auch umgesetzt werden. 19 Jahre hätten die Stadt sowie ihre Bürgerinnen und Bürger nunmehr Zeit zur Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung. Dieser Zeitraum sei zwar ambitioniert, zugleich jedoch auch realistisch. **Ratsherr Oltmanns** weist in diesem Zusammenhang ebenfalls darauf hin, dass die kommunale Wärmeplanung fortlaufend an die gesetzlichen Vorgaben des Bundes sowie des Landes Niedersachsen angepasst werden könnten und daher nicht als starres Konzept zu betrachten sei. Die kommunale Wärmeplanung zeige auf, an welchen Standorten die Errichtung eines Wärmenetzes realistisch erscheine, an welchen Standorten dezentrale Lösungen die bessere Option darstellten oder in welchen Bereichen erneuerbare Potenziale genutzt werden könnten. Gleichwohl verdeutliche sie, welche Maßnahmen in welcher Reihenfolge notwendig seien. **Er** macht des Weiteren deutlich, dass die kommunale Wärmeplanung somit insgesamt Transparenz, Orientierung sowie Vertrauen schaffe, sodass sich **Ratsherr Oltmanns** abschließend ausdrücklich dafür ausspricht, der im Entwurf vorliegenden Konzeption zur kommunalen Wärmeplanung der Stadt Jever in der heutigen Sitzung des Rates der Stadt Jever zuzustimmen.

Der Rat der Stadt Jever beschließt sodann:

Die im Entwurf vorliegende kommunale Wärmeplanung in der Fassung vom Januar 2026 wird nach § 13 Abs. 5 des Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (Wärmeplanungsgesetz – WPG) i.V.m. § 20 des Niedersächsischen Klimagesetzes (NKlimaG) beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kommunale Wärmeplanung entsprechend zu veröffentlichen, auf der städtischen Internetseite zum Download zur Verfügung zu stellen und dem zuständigen Ministerium entsprechend des § 23 NKlimaG vorzulegen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 17 Nein 11 Enthaltung 2 Befangen 0

Bürgermeister Albers dankt dem Rat der Stadt Jever für das mehrheitliche Votum für die kommunale Wärmeplanung der Stadt Jever und gibt bekannt, dass die Verwaltung beabsichtige, nach Beschlussfassung über den Haushaltsplan der Stadt Jever für das Haushaltsjahr 2026 sowie Genehmigung dieses Haushaltsplanes zeitnah eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, um die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung zügig voranzubringen.

TOP 10. Neufassung der Entgeltordnung für Stadtführungen und touristische Leistungen der Stadt Jever

KuSiA Nr. 20 vom 05. Februar 2026

VA Nr. 79 vom 24. Februar 2026

Vorlage: BV/1149/2021-2026

Der Rat der Stadt Jever beschließt:

Die in der Anlage beigefügte Entgeltordnung für Stadtführungen und touristische Leistungen der Stadt Jever wird beschlossen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 11. Neufassung der Entgeltordnung für das Johann-Rasenack-Freibad

KuSiA Nr. 20 vom 05. Februar 2026

VA Nr. 79 vom 24. Februar 2026

Vorlage: BV/1204/2021-2026

Ratsfrau Raquet führt aus, die im Entwurf vorliegende Entgeltordnung für das Johann-Rasenack-Freibad sehe eine Erhöhung des Eintrittspreises für eine Einzelkarte für Erwachsene auf 5,00 € vor. Der der Sitzungsvorlage ebenfalls als Anlage beigefügten Vergleichsübersicht der Eintrittsentgelte der umliegenden Freibäder sei ferner zu entnehmen, dass der Erwerb einer Einzelkarte für Erwachsene zum einmaligen Betreten des Freibades in Jever nach der Neueröffnung im Vergleich zu den Freibädern in Bockhorn, Isums und Wilhelmshaven insgesamt am kostenintensivsten würde. Das Freibad in Schortens sei gar ohne Entrichtung eines Eintrittsentgeltes möglich. **Sie** hebt weiterhin hervor, dass das Freizeit- und Erlebnisbad in Isums über zwei Wasserrutschen verfüge. Vergleichbar sei das hiesige Freibad ihrer Ansicht nach lediglich mit dem Erlebnisbad in Bockhorn. In Bockhorn müsse ein Erwachsener für eine einzelne Tageskarte – ebenso wie im Freibad Nord in Wilhelmshaven, welches zudem noch ein größeres Schwimmerbecken vorhalte – jedoch lediglich 4,00 € entrichten. Unter Berücksichtigung der erfolgten Sanierung des Johann-Rasenack-Freibades empfinde sie einen Eintrittspreis zum einmaligen Betreten des hiesigen Freibades für Erwachsene in Höhe von 4,00 € eher als angemessen. Ein Eintrittsentgelt in Höhe von 5,00 € für eine Tageskarte für einen Erwachsenen zu fordern, halte sie bei den Badegästen für schwer umsetzbar, zumal ihrer Ansicht nach zum gegenwärtigen Zeitpunkt abzusehen sei, dass die Sanierung des Johann-Rasenack-

Freibades zur beabsichtigten Eröffnung im Mai 2026 nicht fertiggestellt werden könne und seitens der Badegäste mit Nutzungseinschränkungen gerechnet werden müsse. **Ratsfrau Raquet** äußert folglich ihre Bedenken, dass höhere Eintrittsentgelte für die Inanspruchnahme des Johann-Rasenack-Freibades – zumindest für die diesjährige Freibadsaison aufgrund der sicherlich noch auszuführenden Restarbeiten – keine Akzeptanz in der Bevölkerung finden würden und diese gegebenenfalls eher eines der umliegenden Freibäder besuchten, da sie kostengünstiger oder kostenfrei in Anspruch genommen werden könnten. **Sie** beantragt daher im Namen der FDP-Fraktion, die Eintrittsentgelte für eine Tageskarte für Erwachsene auf 4,00 € anstatt auf 5,00 € zu erhöhen sowie die Eintrittsentgelte für eine Tageskarte für Kinder und Jugendliche nicht anzuheben und stattdessen auf 2,50 € zu belassen.

Bürgermeister Albers wirft ein, wenn der Rasen auf dem Gelände des Johann-Rasenack-Freibades zur geplanten Neueröffnung im Mai 2026 tatsächlich noch nicht begehbar sei, würde das Freibad in dieser Saison nicht oder zumindest erst später öffnen können. Derzeit sei jedoch davon auszugehen, dass sämtliche noch ausstehende Arbeiten im Johann-Rasenack-Freibad fristgerecht bis Mai 2026 ausgeführt werden könnten. **Er** spricht sich sodann gegen eine heutige, kurzfristige Änderung der angestrebten Entgelte für die Nutzung des Johann-Rasenack-Freibades aus, da eine teilweise Nutzung des Freibades nicht angestrebt sei und die Badegäste nach Öffnung ein saniertes Freibad nutzen könnten, sodass er die beabsichtigte und im Entwurf vorliegende Neufassung der Entgeltordnung für das Johann-Rasenack-Freibad mit den darin enthaltenen Entgelten durchaus als angemessen erachte.

Der Ratsvorsitzende weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die im Entwurf vorliegende Neufassung der Entgeltordnung für das Johann-Rasenack-Freibad in der Vorberatung sowohl vom Ausschuss für Kultur, Tourismus, Freizeit, Sicherheit und Ordnung einstimmig als auch vom Verwaltungsausschuss positiv beschieden und eine entsprechende Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Jever empfohlen worden sei.

Ratsfrau Berghaus merkt an, dass vor der Beschlussfassung der im Entwurf vorliegenden Entgeltordnung für das Johann-Rasenack-Freibad auch der soziale Aspekt Berücksichtigung finden müsse. **Sie** macht deutlich, je kostenintensiver der Eintritt in das Freibad gestaltet werde, desto mehr Kinder und Jugendliche könnten aus finanziellen Gründen davon absehen, das hiesige Freibad zu besuchen. **Ratsfrau Berghaus** hebt hervor, dass es ihrer Ansicht nach von enormer Bedeutung sei, bezüglich der Eintrittsregelung eine sozialverträgliche Lösung anzustreben. Diese sei für sie mit der vorgesehenen Kostenstruktur nicht vorhanden, sodass **sie** weiterhin anregt, die Beschlussfassung über die im Entwurf vorliegenden Neufassung der Entgeltordnung für das Johann-Rasenack-Freibad zumindest bis zur kommenden Sitzung des Rates der Stadt Jever zu vertagen, um die darin enthaltenen neuen Eintrittsentgelte zu überdenken. Abschließend teilt **Ratsfrau Berghaus** mit, dass ihres Erachtens durchaus auch vorstellbar sei, im ersten Jahr der Neueröffnung des Johann-Rasenack-Freibades auf eine Erhöhung der Eintrittsentgelte zu verzichten, um eine höhere Besucherzahl zu generieren und gegebenenfalls neue Badegäste zu gewinnen. Über eine Erhöhung der Eintrittsentgelte könne der Rat der Stadt Jever sodann im kommenden Jahr beraten.

Ratsfrau Rasenack entgegnet, dass die Eintrittsentgelte für die Inanspruchnahme des Johann-Rasenack-Freibades letztmalig im Jahr 2015 angepasst und moderat erhöht worden seien. Auch bei den nunmehr mit der im Entwurf vorliegenden Neufassung der Entgeltordnung für das Johann-Rasenack-Freibad vorgesehenen Eintrittsentgelten handle es sich um eine moderate, vertretbare Erhöhung der Eintrittsentgelte, die in Anbetracht der durchgeführten Sanierung des Freibades durchaus angemessen sei, zumal mit dieser zugleich eine Attraktivitätssteigerung herbeigeführt worden sei. **Sie** führt weiterhin aus, dass es sich bei den in der Sitzungsvorlage anliegenden Vergleichszahlen der Eintrittsentgelte der

umliegenden Freibäder um die Eintrittsentgelte für das vergangene Jahr 2025 gehandelt habe. Dass auch die umliegenden Freibäder ihre Eintrittsentgelte für dieses Jahr noch anpassen würden, sei nicht auszuschließen. Des Weiteren weist **Ratsfrau Rasenack** darauf hin, dass eine sozialverträgliche Kostenstruktur mit der im Entwurf vorliegenden Neufassung der Entgeltordnung für das Johann-Rasenack-Freibad durchaus berücksichtigt worden sei und letztlich unterschiedliche Angebote, beispielsweise der Erwerb von Familienkarten, Saisonkarten, Zehnerkarten oder Ferientickets, geschaffen würden. **Sie** spricht sich – ebenso wie der Förderverein Freibad Jever e.V. – sodann abschließend für die heutige Beschlussfassung der im Entwurf vorliegenden Neufassung der Entgeltordnung für das Johann-Rasenack-Freibad aus.

Ratsfrau Raquet wirft ein, dass nach eigener Recherche für dieses Jahr keine Erhöhung der Eintrittsentgelte für die Inanspruchnahme der umliegenden Freibäder vorgesehen sei. **Sie** erklärt, dass die Stadt Jever ihrer Ansicht nach auf keinen Fall ein Freibad vorhalten dürfe, für dessen Inanspruchnahme kreisweit das höchste Eintrittsentgelt zu entrichten sei. **Ratsfrau Raquet** macht abschließend deutlich, dass bei den vorgesehenen neuen Eintrittsentgelten die Gefahr bestehe, dass das Johann-Rasenack-Freibad noch weniger genutzt werden und sodann in absehbarer Zeit mangels Besucherinnen und Besuchern gänzlich geschlossen werden müsse.

Der Ratsvorsitzende bittet sodann zunächst um Abstimmung über den seitens der Ratsfrau Raquet für die FDP-Fraktion gestellten Antrag, die Eintrittsentgelte für eine Tageskarte für Erwachsene auf 4,00 € anstatt auf 5,00 € zu erhöhen sowie die Eintrittsentgelte für eine Tageskarte für Kinder und Jugendliche nicht anzuheben und stattdessen auf 2,50 € zu belassen.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 9 Nein 15 Enthaltung 6

Sodann beschließt der Rat der Stadt Jever:

Die in der Anlage im Entwurf beigefügte Entgeltordnung für das Johann-Rasenack-Freibad wird beschlossen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 19 Nein 5 Enthaltung 6 Befangen 0

**TOP 12. Haushalt 2026;
Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026**

FiWiA Nr. 22 vom 16. Februar 2026

VA Nr. 79 vom 24. Februar 2026

Vorlage: BV/1184/2021-2026

Bürgermeister Albers hebt die Arbeit der Verwaltung hinsichtlich der Aufstellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 lobend hervor. **Er** führt aus, seiner Ansicht nach sei der diesjährige Entwurf des Haushaltsplanes als ein Warnsignal zu betrachten. Die Stadt Jever sei zwar aktuell noch in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen und die Stadt weiterzuentwickeln. Dies werde sich in absehbarer Zeit jedoch ändern, sollten Rat und Verwaltung der Stadt Jever die derzeitige finanzielle Situation der Stadt Jever weiterhin ignorieren. **Der Bürgermeister** macht deutlich, der Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 vermittele zwar den Eindruck, dass alle geplanten Maßnahmen und Projekte auch künftig noch umgesetzt werden könnten, vielmehr stelle der diesjährige Entwurf des Haushaltsplanes jedoch ausschließlich die notwendige Voraussetzung dar, um eine belastbare Grundlage für die zwingend erforderliche Priorisierung erarbeiten zu können. **Er** hebt des Weiteren hervor, es sei künftig nicht möglich, die drei städtischen Grundschulen

auszubauen bzw. umzubauen und gleichzeitig beispielsweise die notwendige Sanierung des Theaters am Dannhalm voranzutreiben sowie Straßen und Fahrradwege auszubauen. Aus diesem Grund sei eine neue Bescheidenheit dringend erforderlich. Gleichzeitig müsse die Stadt Jever haushaltpolitisch erneut in die Offensive geraten. **Bürgermeister Albers** teilt in diesem Zusammenhang mit, mit neuer Bescheidenheit sei gemeint, dass Prioritäten gesetzt und Maßnahmen zurückgestellt oder gestrichen werden müssten. Vor diesem Hintergrund solle künftig ein neuer Masterplan „Denkmal.Zukunft“ aufgestellt werden, der den bisherigen Masterplan „Perspektive Jever“ ablöse und zeitnah vom Rat der Stadt Jever verabschiedet werden solle. Zudem müsse Zurückhaltung bei neuen Aufgaben geübt und Aufgaben gegebenenfalls auch abgegeben werden, um sich auf die wesentlichen Aufgaben konzentrieren zu können. **Er** erklärt außerdem, dass die Stadt Jever insgesamt effizienter werden müsse. Um die Effizienz zu steigern, sei einerseits eine stärkere Konzentration auf die voranschreitende Digitalisierung erforderlich, andererseits jedoch auch ein hinreichendes Controlling sowie eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit. Weiterhin betont **der Bürgermeister**, dass für dieses Haushaltsjahr innerhalb der Verwaltung unter anderem eine externe Stellenbewertung vorgesehen sei, um die verwaltungsinternen Arbeitsabläufe sowie die Aufgabenverteilungen zu überprüfen und gegebenenfalls zu optimieren. Vorrangiges Ziel von Rat und Verwaltung der Stadt Jever müsse zudem sein, die Einnahmesituation der Stadt zu verbessern. Um dieses Ziel zu erreichen, sei es ferner notwendig, den Tourismus weiter zu fördern, den Gewerbestandort Jever zu stärken und die Einwohneranzahl zu halten und langfristig zu erhöhen, damit die vorhandenen Strukturen in der Stadt Jever auch erhalten bleiben können. Außerdem müsse die Attraktivität der Stadt Jever für junge und ältere Menschen durch Qualität erhalten und ausgebaut werden. Um die Einwohnerzahl langfristig jedoch zu steigern, sei es ferner erforderlich, auch weiterhin Baugebiete sowie bezahlbaren Wohnraum zu schaffen sowie mögliche unkonventionelle Lösungen bezüglich des „Altbestandes“ oder den Leerstand zu eruieren. Die Bereiche Kinderbetreuung und Bildung, Kultur und Freizeit sowie Sicherheit und Gesundheit bildeten die Grundlage für einen attraktiven Wohnstandort, sodass die in diesen Bereichen vorhandenen Standards zwingend erhalten bleiben müssten. Ferner betont **er**, dass die Stadt Jever trotz der derzeit angespannten finanziellen Situation und den damit einhergehenden schwierigen Rahmenbedingungen noch immer über einen Handlungsspielraum habe, um die Situation zu verbessern. **Bürgermeister Albers** appelliert daher abschließend an die übrigen Ratsmitglieder, über die künftigen Schwerpunkte intensiv und überlegt zu debattieren und diese dann gemeinsam anzugehen.

Ratsherr Fischer dankt der Verwaltung im Namen der SPD-Fraktion für die Aufstellung und Vorlage des Entwurfes des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026. **Er** erklärt, der Haushaltentwurf der Stadt Jever für das Haushaltsjahr 2026 weise einen erheblich defizitären Ergebnishaushalt aus. Daher sei es von enormer Bedeutung, geplante Investitionen künftig noch sorgfältiger zu prüfen. Dennoch sei dieses Defizit seiner Ansicht nach als weitaus weniger problematisch zu betrachten, da in den vergangenen Jahren zahlreiche Werte geschaffen worden seien, die übrige Kommunen nicht vorhalten könnten. Als Beispiele nennt **Ratsherr Fischer** unter anderem die Errichtung einer weiteren Kindertagesstätte in Rahrdum sowie den Neubau bzw. Ausbau beider Feuerwachen in Jever und Cleverns. Auch der Bildungsstandort Jever werde durch den Aus- bzw. Umbau der Paul-Sillus-Grundschule weiterhin finanziell gefördert. Investitionen in das Johann-Rasenack-Freibad sowie in die Kinderspielplätze würden ebenfalls die Attraktivität Jever als Wohnstandort sicherstellen. Zugleich merkt **er** jedoch an, es sei zwingend notwendig, dass die Stadt Jever künftig sorgsam und mit Bedacht mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln umgehe. Gleichwohl sei eine künftige Aufnahme von Darlehen oder Krediten nicht immer zu vermeiden. **Ratsherr Fischer** gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass ausstehende Investitionen, die zwingend erforderlich seien, später gegebenenfalls weitaus höhere Kosten verursachten. Als Negativbeispiel führt er das Vorgehen des Bundes an, welcher ein Sondervermögen aufgelegt habe, um dem Investitionsstillstand in Deutschland, der im letzten Jahrzehnt eingetreten sei,

entgegentreten. Weiterhin macht **er** deutlich, dass die SPD-Fraktion in den vergangenen Jahren sämtlichen Haushaltsplänen verantwortungsvoll zugestimmt und diese Entscheidungen zu keinem Zeitpunkt bereut habe. Die Ergebnisse der in den letzten Jahren getätigten Investitionen bestätigten die Entscheidung der SPD-Fraktion ebenfalls. Bedauerlicherweise seien jedoch nicht alle der im Rat der Stadt Jever vertretenen Fraktionen dieser Verantwortung gerecht geworden. Zugleich hätten aber auch jene Fraktionen, die den Haushaltsplänen der Stadt Jever in den vergangenen Jahren nicht zugestimmt hätten, Sachanträge gestellt, die ohne finanzielle Mittel nicht hätten umgesetzt werden können. Außerdem betont **Ratsherr Fischer**, für die SPD-Fraktion sei es ebenfalls von Bedeutung, die Folgekosten nicht außer Acht zu lassen, die Ausgaben zu hinterfragen und diese letztlich durchdacht zu tätigen. Zugleich müsse die Neuverschuldung kontinuierlich abgebaut werden. **Er** hebt ebenfalls hervor, es sei vorausschauend und zukunftsorientiert, Investitionen zum richtigen Zeitpunkt zu tätigen, sodass erhebliche künftige Folgekosten minimiert würden. Für die SPD-Fraktion sei es daher wichtig, dass mit Bedacht, aber zugleich auch mit Kontinuität weiterhin in die hiesige attraktive Wohn- und Kreisstadt investiert werde und sie für die Menschen, die in Jever lebten als auch für die Touristinnen und Touristen wohn- und lebenswert ausgestaltet werden müsse. **Ratsherr Fischer** teilt sodann abschließend mit, dass die SPD-Fraktion dem im Entwurf vorliegenden Haushaltsplan für das Haushaltsjahr daher insgesamt zustimmen werde, denn dieser Entwurf ermögliche die Beibehaltung sämtlicher freiwilligen Leistungen und enthalte bedeutende, innovative und insbesondere auch nachhaltige Finanzierungsprojekte unter Nennung zukünftiger Ausgabenschwerpunkte.

Ratsherr de Neidels teilt mit, er sei seit mittlerweile fünf Jahren als Ratsmitglied in Jever tätig. **Er** erklärt, bei bisher jeder Diskussion um den jeweiligen Haushalt der Stadt Jever hätten die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion sowie die Fraktion „Freie Wähler“ stets darauf verwiesen, dass sorgsam und mit Bedacht mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln umgegangen werden müsse und Einsparmaßnahmen beschlossen werden müssten, da die finanzielle Situation der Stadt Jever defizitär sei. Ferner würden seitens dieser Fraktionen mit düsteren Zukunftsvisionen Sorgen verbreitet. Letztlich werde seitens der drei zuvor genannten Fraktionen darauf hingewiesen, dass innerhalb der Stadt Jever kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem bestehe. **Ratsherr de Neidels** merkt an, die Stadt Jever habe seitens des Bundes und des Landes Niedersachsen zahlreiche Pflichtaufgaben übertragen bekommen, sei jedoch nicht mit den für die Erfüllung erforderlichen finanziellen Mitteln ausgestattet worden. **Er** weist darauf hin, dass die Personalkosten bei jeglicher Maßnahme insgesamt den größten Kostenpunkt darstellten. Diese seien jedoch auf die allgemeinen Kostensteigerungen im Baubereich sowie etwaigen Tarifierhöhungen zurückzuführen und könnten nicht eingespart werden. **Ratsherr de Neidels** macht außerdem deutlich, dass die Stadt Jever insgesamt gut aufgestellt sei und insbesondere in den vergangenen Jahren stets gute Arbeit geleistet habe, obwohl das Personal teilweise nicht vorhanden und das vorhandene Personal bereits ausgelastet gewesen sei. Die Stadt Jever verfüge seiner Ansicht nach über die besten Kindertagesstätten der Region. Auch die hiesigen Feuerwachen seien modernisiert und bestens ausgestattet, die Sanierung der Wallanlagen stehe unmittelbar bevor und auch der Ausbau bzw. Umbau der Paul-Sillus-Schule sei mittlerweile weit fortgeschritten. Als nächste umzusetzende Maßnahmen würden unter anderem der Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule sowie Modernisierungsmaßnahmen in der Grundschule am Harlinger Weg anstehen, um beide Schulen an die heutigen, veränderten Bedürfnisse anzupassen. Hinsichtlich der Umsetzung notwendiger Sanierungsmaßnahmen an diesen beiden Grundschulen habe fraktionsübergreifend Einigkeit bestanden. **Er** bemängelt des Weiteren, dass er sich auch bezüglich der Ersatzmaßnahme „Brückenkonstruktion Albanistraße“ eine intensivere Diskussion ähnlich wie bei der zuvor geführten Diskussion um den Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule gewünscht hätte. Die Ersatzmaßnahme der Brückenkonstruktion der Albanistraße hätte seiner Ansicht nach durchaus kostengünstiger erfolgen können, wenn im Rahmen der seinerzeitigen Diskussion um diese Maßnahme eine anderweitige Möglichkeit der Herstellung der Straße gewählt und

die Albanistraße schmaler hergerichtet worden wäre. Auch in Anbetracht der bereits langanhaltenden vollständigen Straßensperrung sei nunmehr deutlich geworden, dass das von vielen Personen vorhergesagte Verkehrschaos in der Innenstadt ausgeblieben sei. **Ratsherr de Neidels** führt zudem aus, dass seitens einzelner Fraktionen stets gefordert worden sei und noch immer gefordert werde, zu sparen. Die seitens dieser Fraktionen vorgetragenen Einsparungsvorschläge, wie zum Beispiel die Veräußerung des Johann-Rasenack-Freibades zum symbolischen „1,00 €“ oder der Verzicht des Ausbaus der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule, würden letztlich nicht dazu führen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Jever zufriedener seien. Er befürchte daher, dass seitens der zuvor genannten Fraktionen künftig der Betrieb des Theaters am Dannhalm, des Jugendzentrums, der Stadtbücherei oder letztlich auch der Betrieb des Schlossmuseums zu Jever oder die Durchführung des hiesigen Altstadtfestes in Frage gestellt werde. Dies sei inakzeptabel. **Er** macht deutlich, dass solche Vorschläge zu einer Stagnation der Stadtentwicklung bzw. zu einem Attraktivitäts- sowie Qualitätsverlust für die Stadt Jever führten und teilt sodann abschließend für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit, dass sie dem vorgelegten Haushaltsentwurf zustimmen werde, um die Attraktivität und Aufenthaltsqualität der Stadt Jever weiter zu sicherzustellen.

Ratsherr Uitsch bemängelt, dass die Stadt Jever in den vergangenen Jahren nahezu kaum gespart habe und führt aus, seiner Ansicht nach seien zahlreiche neue Projekte aus teils ideologischen Gründen initiiert worden, anstatt vorhandene Infrastruktur und Liegenschaften zu sanieren. **Er** macht deutlich, sofern die Stadt Jever keine Änderung ihres bisherigen Vorgehens herbeiführe, würde dies in den folgenden Jahren erhebliche finanzielle Einschränkungen bedeuten. Beispielsweise müsse künftig sodann ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt werden. Die Aufstellung eines solchen Konzeptes hätte zur Folge, dass die Stadt Jever gezwungen sei, die freiwilligen Leistungen von aktuell noch 7,5 Prozent auf unter 3 Prozent zu reduzieren und der Rat der Stadt Jever zunehmend weniger über den Einsatz der finanziellen Mittel entscheiden könne. Gleichzeitig sei nicht auszuschließen, dass das sanierte Johann-Rasenack-Freibad aufgrund der finanziellen Situation künftig geschlossen werden müsse. **Ratsherr Uitsch** betont des Weiteren, dass es angesichts der derzeitigen finanziellen Situation der Stadt Jever stets wichtiger werde, Prioritäten zu setzen und appelliert an die übrigen Ratsmitglieder, sich ihrer Verantwortung zu stellen und künftig sorgsamer mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln umzugehen. **Er** regt ferner an, die deutlich gestiegenen Kosten für den Zweckverband „Schloss- und Heimatmuseum“ und insbesondere den dortigen Personalbestand zu überprüfen. In diesem Zusammenhang weist **Ratsherr Uitsch** darauf hin, dass die seitens der Stadt Jever anteilig zu entrichtende Zweckverbandsumlage von seinerzeit circa 200.000,00 € auf rund 562.000,00 € im Jahr 2024 gestiegen sei. Die Kosten für das Jahr 2025 würden seiner Ansicht nach entsprechend hoch ausfallen. **Er** erklärt außerdem, dass das Schlossmuseum vielmehr den Auftrag habe, als Informationsstätte tätig zu sein. Seines Erachtens werde das Schlossmuseum mittlerweile jedoch vielmehr als Forschungsstätte betrieben. Des Weiteren sei ihm gegenüber Unmut seitens der Bevölkerung darüber geäußert worden, dass für die Sanierung des Schlossparks, um diesen an den Klimawandel anpassen zu können, mehrere größere, offensichtlich gesunde Bäume gefällt worden seien und für diese Sanierung insgesamt Kosten in Höhe von mehreren Millionen Euro entstünden. Weiterhin sei nicht nachvollziehbar, dass seitens der Verwaltung für die Errichtung eines Fahrradweges zur Realisierung des Lückenschlusses entlang der Landesstraße 813 zwischen Cleverns und Sandelermöns finanzielle Mittel für die Planung in Höhe von 100.000,00 € im Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 veranschlagt worden seien, obwohl bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt erkennbar sei, dass der für die Realisierung dieses Lückenschlusses notwendige Ankauf erforderlicher Grundstücke aussichtslos erscheine, sodass die Realisierung dieser Maßnahme insgesamt eher nicht möglich sein werde. **Ratsherr Uitsch** führt ferner aus, die Stadt Jever verfüge mit dem LOK Kulturzentrum Jever und dem Theater am Dannhalm aktuell über zwei Kulturstätten, die jedoch beide sanierungsbedürftig seien. Entsprechende Sanierungsmaßnahmen

verursachten jedoch Kosten in Millionenhöhe. Aus diesem Grund schlägt **er** vor, das Theater am Dannhalm aus Kostengründen zu schließen und ausschließlich das LOK Kulturzentrum Jever zu erhalten. Mit einer solchen Entscheidung für das LOK Kulturzentrum Jever könnten zugleich viele kostengünstige Innovationen des Vereins „LOK Kulturzentrum Jever e.V.“ gefördert werden. Außerdem könnten die mit dem Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 veranschlagten finanziellen Mittel für die Erstellung von Planungsleistungen hinsichtlich einer etwaigen Sanierungsmaßnahme in Höhe von 20.000,00 € durch die Schließung des Theaters am Dannhalm eingespart werden. Auch die Aufwendung der jährlichen Unterhaltungskosten in Höhe von 148.400,00 € erübrigten sich bei einer Schließung des Theaters am Dannhalm. Bezüglich der aktuell regelmäßig im Theater am Dannhalm stattfindenden Aufführungen und Vorstellungen regt **Ratsherr Uitsch** zudem an, etwaige Kooperationen einzugehen, um beispielsweise Fahrten zu Aufführungen nach Wilhelmshaven in das dortige Stadttheater möglichst kostengünstig anbieten zu können. Dies sei für die Stadt Jever wesentlich günstiger als die jährlichen Unterhaltungskosten des hiesigen Theaters. **Er** teilt darüber hinaus mit, dass auch das hiesige Altstadtfest im vergangenen Jahr ein Defizit in Höhe von rund 100.000,00 € verursacht habe, welches zu Lasten der Stadt Jever und ihrer Bürgerinnen und Bürger gegangen sei. Die Personalkosten seien in diesem Defizit bislang nicht berücksichtigt worden. Um auch in diesem Bereich künftig Kosten einsparen zu können, sei es seiner Ansicht nach zwingend erforderlich, das bestehende Konzept grundlegend zu überarbeiten und das Angebot gegebenenfalls zu verringern. Bezugnehmend auf den soeben beschlossenen Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule bemängelt **Ratsherr Uitsch**, dass das vorliegende Konzept kein pädagogisch fundiertes und tragfähiges sei und erst ein entsprechendes Konzept vorhanden sein müsse, bevor ein Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule grundsätzlich erfolgen könne. Die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von etwa 550.000,00 € für diese Maßnahme mit dem im Entwurf vorliegenden Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 ohne Vorliegen eben dieses zuvor genannte pädagogische Konzept stelle für den kommenden Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2027 eine vorzeitige enorme finanzielle Belastung dar und würde die Handlungsfähigkeiten des künftigen Rates der Stadt Jever erheblich einschränken. Ferner gibt **er** zu bedenken, dass eine konkrete Entscheidung über die Nachnutzung der ehemaligen Kindertagesstätte „Lindenallee“ noch ausstehe und eine mögliche Sanierung ebenfalls Kosten in Höhe von voraussichtlich mehreren Millionen Euro verursachen würde. **Ratsherr Uitsch** macht sodann deutlich, dass der Rat der Stadt Jever in seiner heutigen Sitzung darüber entscheiden werde, ob die Stadt Jever ihre finanzielle Selbstständigkeit bewahren könne. Sollte der Rat der Stadt Jever nicht bereit sein, zu sparen und sich finanziell einzuschränken, werde der Stadt Jever diese Selbstständigkeit letztlich genommen. Geplante Investitionen, wie der Ausbau des Fahrradweges am Elisabethufer und der Wegebau an der Blankgraft müssten folglich verschoben werden bis sich die finanzielle Situation der Stadt Jever absehbar wieder verbessere. **Er** warnt, dass die aufgrund der Durchführung all dieser Maßnahmen erforderliche Darlehensaufnahme zukünftig zu Steuererhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger Jever führt. **Ratsherr Uitsch** beantragt daher abschließend, die Planungskosten für die Errichtung des Bürgerradweges entlang der Landesstraße 813 zwischen Cleverns und Sandelermöns zur Realisierung des dortigen Lückenschlusses in Höhe von 100.000,00 €, die Kosten für den Wegebau an der Blankgraft sowie den Ausbau des Fahrradweges entlang der Straße „Elisabethufer“, welche Maßnahmen im Rahmen der Rahmenplanung zum Sanierungsgebietes IV „Lohne / Schlachte / Hooksweg“ mit der Erweiterung um die Wallanlagen darstellten und insgesamt Kosten in Höhe von 750.000,00 € verursachten sowie die Kosten für die in diesem Haushaltsjahr angedachte Erstellung eines Sanierungskonzeptes für das Theater am Dannhalm in Höhe von 20.000,00 € und die jährlichen Unterhaltungskosten in Höhe von rund 148.000,00 € aus dem Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 zu streichen. Auch die mit dem Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung für den Ausbau der Grundschule in Cleverns in Höhe von etwa 550.000,00 € sollten seiner

Ansicht nach aus dem Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 gestrichen werden. Ebenfalls beantragt **er**, das Konzept für das Altstadtfest grundlegend zu überarbeiten bzw. anzupassen und den Personalkörper des Zweckverbandes „Schloss- und Heimatmuseum“ zu überprüfen, um Kosten einzusparen.

Bürgermeister Albers erwidert, die finanziellen Mittel für die Unterhaltung des Theaters am Dannhalm könnten nicht aus dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 gestrichen werden, da es keinen Ratsbeschluss zur Schließung des Theaters gebe und das Theater folglich weiterhin in Betrieb sei und unterhalten werden müsse. **Er** bittet sodann um Stellung eines entsprechend gesonderten Antrages, sofern das Theater am Dannhalm nicht weiter betrieben werden solle. Sodann würden auch die Unterhaltungskosten nicht mehr anfallen. Weiterhin gibt **der Bürgermeister** bekannt, dass der Planungsauftrag für den Ausbau des Fahrradweges entlang der Landesstraße 813 als Bürgerradweg bereits erteilt worden sei. Aus diesem Grund sei die Stadt Jever verpflichtet, für die Kosten, die für diese Maßnahme anfielen, aufzukommen. Ein Streichen dieser finanziellen Mittel aus dem Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 sei mithin ebenfalls nicht möglich. Hinsichtlich des Radweges am Elisabethufer und dem Wegebau an der Blankgraft weist **er** darauf hin, dass diese Maßnahmen entsprechend der Rahmenplanung zum Sanierungsgebiet IV nicht geschoben werden könnten, da diese im Rahmen eines befristeten Förderprogramms gefördert würden und bis spätestens 2031 realisiert sein müssten. Aus diesem Grund rät **Bürgermeister Albers** dringend davon ab, diese Maßnahmen zu verschieben oder gar zu streichen und betont, die Stadt Jever sei eben auch durch ihre zahlreichen kulturellen Einrichtungen, wie beispielsweise das Schlossmuseum Jever, aber auch durch ihre Altstadt und die Wallanlagen attraktiv für ihre Bürgerinnen und Bürger sowie Touristinnen und Touristen. Diese Attraktivität gelte es zwingend zu erhalten und zu steigern, sodass unter anderem aus diesem Grund seinerzeit auch die Wallanlagen in das Sanierungskonzept IV „Lohne / Schlachte / Hooksweg“ aufgenommen worden seien, um notwendige Sanierungsmaßnahmen für die Wallanlagen umsetzen zu können.

Der Ratsvorsitzende bemängelt, dass die durch den Ratsherrn Ultsch vorgebrachten Anträge zum Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 erst im Rahmen der heutigen Ratssitzung gestellt und nicht bereits zeitnah vor oder zur Sitzung des zuständigen Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften eingereicht worden seien. Die übrigen Ratsmitglieder hätten nunmehr keine Möglichkeit, sich ausgiebig und umfassend mit den Anträgen des Ratsherrn Ultsch zu befassen.

Ratsherr Ultsch entgegnet, da er als fraktions- und parteiloses Ratsmitglied kein Rederecht im zuständigen Fachausschuss besitze, habe er seiner Ansicht nach keine andere Möglichkeit, seine Bedenken zum Ausdruck zu bringen, sodass er diese mitsamt Stellung entsprechender Anträge nunmehr in der heutigen Sitzung des Rates der Stadt Jever habe vorbringen müssen.

Ratsherr Dr. Bollmeyer dankt der Verwaltung im Namen der CDU-Fraktion für die Aufstellung und Vorlage des Entwurfes des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026, teilt jedoch zugleich mit, dass die CDU-Fraktion dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 nicht zustimmen werde. **Er** führt aus, der im Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 dargestellten mittelfristigen Finanzplanung sei zu entnehmen, dass die Ausgaben bis zum Jahr 2029 stetig ansteigen würden, sodass zwangsläufig ein erhebliches finanzielles Defizit entstehen würde, welches die Stadt Jever in die Handlungsunfähigkeit zwingen würde. Die Mehrheit des Rates der Stadt Jever weigere sich, dies zu erkennen und Einsparungen vorzunehmen und spreche sich stattdessen weiterhin für zusätzliche Investitionen aus. **Ratsherr Dr. Bollmeyer** macht deutlich, in Anbetracht der derzeitigen finanziellen Situation der Stadt Jever sei es nunmehr zwingend geboten, sorgsam und mit Bedacht über die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zu verfügen.

Es sei ferner von enormer Bedeutung, dass der Rat der Stadt Jever nunmehr bereits Überlegungen über die künftige Haushaltssicherung anstelle und prüfe, welche Ausgaben notwendig seien und in welchen Bereichen möglicherweise Einsparmaßnahmen vorgenommen werden könnten. Dies müsse der Rat der Stadt Jever jedoch zeitnah und noch vor der Auflage der Kommunalaufsichtsbehörde des Landkreises Friesland zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes machen. Sofern der Rat der Stadt Jever dieser sich abzeichnenden Entwicklung nicht gegensteuere, müsse erfahrungsgemäß nicht nur über Einsparmaßnahmen im Bereich der freiwilligen Leistungen diskutiert werden. Auch über kleinere mögliche Einsparmaßnahmen, wie beispielsweise das Abbestellen von Abonnements der hiesigen Tageszeitungen oder die Bereitstellung von Getränken bei Sitzungen und Besprechungen im Rathaus müsse sodann diskutiert werden. **Er** weist weiterhin darauf hin, dass der Anteil der freiwilligen Leistungen lediglich noch drei Prozent des Haushaltsvolumens betragen dürfe, sollte der Stadt Jever die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes auferlegt werden. In den vergangenen Jahren habe die Stadt Jever deutlich mehr Aufwendungen für die freiwilligen Leistungen und deren Erhalt geleistet. **Ratsherr Dr. Bollmeyer** erklärt des Weiteren, dass die Paul-Sillus-Schule derzeit beschlussgemäß für rund zehn Millionen Euro aus- bzw. umgebaut werde, um das gesetzlich vorgeschriebene zukunftsfähige Ganztagsangebot vorhalten zu können. Ein zusätzlicher Ausbau der Grundschule in Cleverns zu einer Ganztagschule, der seinerzeit durch Beschluss des Rates der Stadt explizit nicht vorgesehen gewesen sei, sei daher aus Sicht der CDU-Fraktion nunmehr widersprechend und letztlich auch finanziell nicht leistbar. Auch das Tätigen weiterer Investition zur Förderung der Fahrradinfrastruktur in Jever könne ausschließlich realisiert werden, wenn die Stadt Jever über die für diesen Zweck notwendigen finanziellen Mittel verfüge. Ferner habe die Stadt Jever in der Vergangenheit erheblich von der Ausweisung, Erschließung und eigenständiger Vermarktung von Baugebieten profitiert. Diesbezüglich habe die Stadt Jever als bisher letzte Maßnahme die Planung einer baulichen Erweiterung östlich von Rahrdum sowie den damit einhergehenden Erwerb von Bauerwartungsland vorgesehen. Die Realisierung sei letztlich jedoch durch die Mehrheit des Rates der Stadt Jever abgelehnt worden. **Er** führt aus, dass dieses Gebiet entsprechend der derzeit gültigen Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Jever vom 15. Dezember 2025 zwar dem Gebiet der Grundschule am Harlinger Weg zuzuordnen sei, dennoch hätte eine bauliche Erweiterung in Rahrdum jedoch zum Anlass genommen werden können, um die Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Jever anzupassen, sodass letztlich auch die Grundschule Cleverns von einem Neubaugebiet im Bereich „Rahrdum Ost“ hätte profitieren können. **Ratsherr Dr. Bollmeyer** gibt darüber hinaus zu bedenken, dass die gegenwärtige finanzielle Situation der Stadt Jever hätte weitaus positiver sein können, wenn dieses Baugebiet seinerzeit realisiert worden wäre. Die Aufnahme neuer Darlehen, die unter anderem für den Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule erforderlich sei, würden den Ergebnishaushalt durch zu zahlende Zinsen sowie der künftigen Tilgung zusätzlich belasten, sodass keine Überschüsse für andere neue Projekte, deren Umsetzung der Rat der Stadt Jever ebenfalls wünsche bzw. beschließe, generiert werden könnten. Abschließend bittet **er** nach Abschluss der Diskussionen zum vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 um eine kurze Sitzungsunterbrechung, um allen Ratsmitgliedern die Möglichkeit zu geben, die vorgetragenen und gehörten Wortbeiträge zu überdenken und sie gegebenenfalls bei ihrer Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

Ratsherr Theemann teilt mit, der im Entwurf vorliegende Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 stelle ein Fiasko dar. **Er** bemängelt das Vorgehen einzelner Ratsmitglieder, sich über die Befürchtungen anderer Ratsmitglieder angesichts der dramatischen Haushaltslage zu amüsieren. Auch Aussagen, die verdeutlichten, dass zwingend Einsparungen erfolgen müssten, würden belächelt. **Ratsherr Theemann** macht deutlich, es sei beschämend, in dem Jahr der Kommunalwahl einen solchen Haushaltsplan aufzustellen, der für den kommenden Rat der Stadt Jever kaum Handlungsspielräume ermögliche. Die finanziellen Rücklagen der Stadt Jever seien nunmehr nahezu aufgezerrt,

sodass die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes künftig unerlässlich sein werde. Zahlreiche weitere finanzielle Mittel, beispielsweise für die Sanierung des Theaters am Dannhalm, seien derzeit noch nicht mit dem Haushaltsplan der Stadt Jever für das Haushaltsjahr 2026 veranschlagt, müssten in absehbarer Zeit jedoch trotzdem aufgewendet werden und somit die künftigen Haushaltsjahre finanziell belasten. Dies hätte eine weitere Verschlechterung der finanziellen Situation der Stadt Jever zur Folge. **Er** hebt weiterhin hervor, es sei wünschenswert, wenn die Stadt Jever auch zukünftig eine weiter steigende Bevölkerungszahl verzeichnen könne und sich weitere Gewerbebetriebe in Jever ansiedeln würden, jedoch müssten für die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe in Jever auch ein niedrigerer Gewerbesteuerhebesatz vorgehalten und weitere Anreize für eine Niederlassung in Jever geschaffen werden. Angesichts der im Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 aufgeführten sehr geringen Einnahmen zur Zweitwohnungssteuer, dem damit hohen Verwaltungsaufwand und den noch ausstehenden Jahresabschlüssen, beantragt **Ratsherr Theemann**, zunächst auf die Erhebung der Zweitwohnungssteuer zu verzichten, um die Verwaltung diesbezüglich zu entlasten, damit diese sich zunächst mit dringlicheren Aufgaben, wie zum Beispiel die Fertigstellung der noch ausstehenden Jahresabschlüsse befassen könne.

Bürgermeister Albers entgegnet, dass die Verwaltung nicht ohne einen gesonderten Ratsbeschluss auf die Erhebung der Zweitwohnungssteuer verzichten dürfe, da die Erhebung dieser Steuer durch eine separate Satzung geregelt sei. Es sei somit ein Beschluss des Rates der Stadt Jever erforderlich, um die Satzung aufzuheben. Ein solcher Beschluss sei in heutiger Sitzung jedoch unzulässig. **Er** bittet sodann um Stellung eines gesonderten politischen Sachantrages, sofern dieses Ansinnen weiterhin verfolgt werden solle.

Ratsherr Albers erklärt für die Fraktion „Freie Wähler“, dass sie dem im Entwurf vorliegenden Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 zustimmen werde, da dieser Haushaltsentwurf die Maßnahmen widerspiegele, die seitens des Rates der Stadt Jever beschlossen worden seien und sich teilweise bereits in der Umsetzung befinden würden. Dennoch müsse festgehalten werden, dass sich die finanzielle Situation der Stadt Jever erheblich verschlechtert habe und zwingend Einsparungen vorgenommen werden müssten. **Er** bemängelt die Aussage des Ratsherrn de Neidels, der Neubau der Brückenkonstruktion der Albanistraße hätte kostengünstiger gestaltet werden können, wenn gleichzeitig für den Bereich „Schlosserstraße / Anton-Günther-Straße“ am Bahnhof eine Neugestaltung der Fahrbahn erfolgt sei, nur damit die Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer komfortabler fahren könnten. Auch für diese Maßnahmen hätten finanzielle Mittel aufgewendet werden müssen, die nunmehr ebenfalls zur weiteren Verschuldung der Stadt Jever beitragen würden. **Ratsherr Albers** betont ferner, dass jede neue Maßnahme künftig strengstens auf ihre Notwendigkeit überprüft werden und sich die Stadt Jever auf die zwingend erforderlichen Maßnahmen konzentrieren müsse. In diesem Zusammenhang erinnert **er** an die finanzielle Situation der Stadt Jever im Jahr 1997. In diesem Jahr sei es aufgrund der Haushaltslage der Stadt Jever erforderlich geworden, die städtische Kläranlage für etwa 35 Millionen Deutsche Mark zu veräußern. 30 Millionen Deutsche Mark seien sodann für die Schuldentilgung verwendet worden. Die übrigen fünf Millionen Deutsche Mark seien als Rücklagen verwendet worden, um die Haushaltspläne der kommenden Jahre ausgleichen zu können. **Ratsherr Albers** gibt zu bedenken, dass ein ähnliches Szenario nunmehr erneut drohe. Frau Wüllner habe bereits aufgezeigt, dass sich die Schulden der Stadt Jever in etwa drei Jahren auf rund 19 Millionen Euro erhöhen würden. **Er** macht deutlich, dass in den vergangenen Jahren zahlreiche finanzielle Mittel in die Umsetzung nicht erforderlicher Maßnahmen investiert worden seien. Als Beispiel für eine nicht erforderliche Maßnahme nennt **Ratsherr Albers** zudem die durch die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen angestrebte Erarbeitung eines Konzeptes zur klimaangepassten Umgestaltung des Alten Marktes. Abschließend appelliert er an die übrigen Mitglieder des Rates der Stadt Jever, künftig

sparsamer und mit Bedacht mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel der Stadt Jever umzugehen.

Der Ratsvorsitzende unterbricht die Sitzung um 21:42 Uhr, um allen Ratsmitgliedern die Möglichkeit zu geben, die soeben vorgetragenen und gehörten Wortbeiträge zu verinnerlichen und sie gegebenenfalls bei ihrer Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

Der Ratssitzende eröffnet die Sitzung um 21:50 Uhr erneut.

Frau Wüllner teilt hinsichtlich des Umganges mit Verpflichtungsermächtigungen grundsätzlich mit, dass diese die Verwaltung dazu ermächtige, rechtlich bindende Verträge abzuschließen, die erst in künftigen Haushaltsjahren zu Ausgaben führten. Für die weiteren Planungen sei die Veranschlagung solcher Verpflichtungsermächtigungen zwingend erforderlich, um die Maßnahmen in den kommenden Haushalten weiterhin umsetzen zu können, auch wenn noch kein neuer Haushaltsplan beschlossen worden sei.

Herr Ultsch bemängelt nochmals, dass hinsichtlich des Ausbaus der Grundschule in Cleverns zu einer Ganztagschule kein pädagogisch fundiertes und tragfähiges Konzept seitens der Schulleitung vorliege.

Bürgermeister Albers wirft ein, ihm sei soeben mitgeteilt worden, dass das seitens der Grundschule gemeinsam mit der Elternschaft erarbeitete und in der Sitzung des zuständigen Ausschusses für Schule, Jugend, Soziales und Familie vorgestellte Konzept der Grundschule Cleverns als Ganztagschule seitens des Regionalen Landesamtes für Schule und Bildung (RLSB) als angemessen und ausreichend angesehen werde.

Der Ratsvorsitzende bittet sodann um Abstimmung über den Antrag des Rats Herrn Ultsch, die Kosten für die in diesem Haushaltsjahr angedachte Erstellung eines Sanierungskonzeptes für das Theater am Dannhalm in Höhe von 20.000,00 € aus dem Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 zu streichen.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 5 Nein 18 Enthaltung 7

Weiterhin lässt **der Ratsvorsitzende** über seitens des Rats Herrn Ultsch gestellten Antrag, die Kosten für den Wegebau an der Blankgraft sowie den Ausbau des Fahrradweges entlang der Straße „Elisabethufer“, welche Maßnahmen im Rahmen der Rahmenplanung zum Sanierungsgebietes IV „Lohne / Schlachte / Hooksweg“ mit der Erweiterung um die Wallanlagen darstellten und insgesamt Kosten in Höhe von etwa 750.000,00 € verursachten, abstimmen.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 2 Nein 27 Enthaltung 1

Abschließend bittet **der Ratsvorsitzende** um Abstimmung über den seitens des Rats Herrn Ultsch gestellten Antrag, die mit dem im Entwurf vorliegenden Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 veranschlagten Verpflichtungsermächtigung bezüglich des geplanten Ausbaus der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule aus dem im Entwurf vorliegenden Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 zu streichen.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 9 Nein 18 Enthaltung 3

Der Ratsvorsitzende setzt die Mitglieder des Rates der Stadt Jever darüber in Kenntnis, dass er über die übrigen beiden Anträge des Rats Herrn Ultsch, die Planungskosten für die Errichtung des Bürgerradweges entlang der Landesstraße 813 zwischen Cleverns und Sandelermöns zur Realisierung des dortigen Lückenschlusses in Höhe von 100.000,00 € sowie die jährlichen Unterhaltungskosten des Theaters am Dannhalm in Höhe von rund

148.000,00 € aus dem Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 zu streichen, aus rechtlichen Gründen nicht abstimmen lassen könne. Die konkreten Hintergründe habe der Bürgermeister zuvor dargelegt.

Der Rat der Stadt Jever beschließt sodann:

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2026 wird mit den in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 24. Februar 2026 bekanntgegebenen Änderungen, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt sind, als Satzung beschlossen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 21 Nein 9 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 13. Jahresabschluss der Stadt Jever für das Haushaltsjahr 2019

**FiWiA Nr. 22 vom 16. Februar 2026
VA Nr. 79 vom 24. Februar 2026
Vorlage: BV/1215/2021-2026**

Bürgermeister Albers nimmt an der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Der Rat der Stadt Jever beschließt ohne Diskussion:

- a) Der Jahresabschluss 2019 der Stadt Jever in der Fassung vom 10.04.2025 wird gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG beschlossen.***
- b) Für das Haushaltsjahr 2019 wird dem Bürgermeister Herrn Albers die Entlastung gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 NKomVG i.V.m. § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG erteilt.***
- c) Der im Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 2.315.248,40 € enthaltene Teilbetrag für die vorhandenen Stiftungen von - 3.983,25 € wird der zweckgebundenen Rücklage entnommen und der bereinigte Überschuss in Höhe von 2.319.231,65 € wird der ordentlichen Überschussrücklage zugeführt.***
- d) Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 161.285,68 € wird der außerordentlichen Überschussrücklage zugeführt.***

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 14. Anwendung des Niedersächsischen Gesetzes zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse

**FiWiA Nr. 22 vom 16. Februar 2026
VA Nr. 79 vom 24. Februar 2026
Vorlage: BV/1216/2021-2026**

Ohne Diskussion beschließt der Rat der Stadt Jever:

Bei der Erstellung der Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2022 wird gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 NBKAG auf die Erstellung eines Anhangs verzichtet.

Ferner wird bei der Erstellung der Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2022 gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 2 NBKAG davon abgesehen, die Teilergebnisrechnungen und die Finanzrechnungen für die Teilfinanzhaushalte aufzustellen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 15. Kinderbetreuungskonzept;
Ganztagsmonitor - Grundschule Cleverns auf dem Weg zur
Ganztagschule**

SchuJuA Nr. 17 vom 30. Januar 2026

VA Nr. 79 vom 24. Februar 2026

Vorlage: BV/1198/2021-2026

Ratsfrau Raquet betont, sowohl Bildung als auch die Zukunft der Kinder seien von enormer Bedeutung und müssten entsprechend gefördert werden. Die Gewährleistung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule stelle für die FDP-Fraktion eine bedeutende Investition in die Zukunft der Kinder dar, sodass die FDP-Fraktion den Ausbau und Umbau der Paul-Sillus-Schule zu einer Grundschule mit Ganztagsangebot und folglich auch die damit verbundenen Kostensteigerungen stets mitgetragen habe. **Sie** führt weiterhin aus, es sei jedoch zugleich unerlässlich, die Schulden, die der nächsten Generation aufgebürdet würden, nicht außer Acht zu lassen und die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel stets sorgsam und mit Bedacht einzusetzen. Die Mitglieder des Rates der Stadt Jever hätten sich in der Vergangenheit mehrheitlich ausdrücklich dafür ausgesprochen, lediglich die Paul-Sillus-Schule zur Ganztagschule auszubauen. **Ratsfrau Raquet** erinnert weiterhin, der Rat der Stadt Jever habe in seiner Sitzung am 27. Februar 2025 beschlossen, die in dem Kinderbetreuungskonzept – Ganztagsmonitor enthaltenden Maßnahmen schrittweise und mit der Maßgabe umzusetzen, dass über einen möglichen Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule unter Berücksichtigung der Schülerzahlen, der Entwicklung der Ortsteile Cleverns, Sandel und Rahrsum sowie der finanziellen Situation der Stadt Jever zu einem späteren Zeitpunkt gesondert zu entscheiden sei. **Sie** bemängelt, dass sich einige Ratsmitglieder nunmehr – im Jahr der Kommunalwahl – vehement für einen Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule einsetzten, obwohl die zuvor genannten Kriterien – insbesondere die Schülerzahlen – nicht erfüllt seien bzw. nicht für einen entsprechenden Ausbau der Grundschule Cleverns sprechen würden. **Ratsfrau Raquet** weist des Weiteren darauf hin, dass die Paul-Sillus-Grundschule nach der erfolgten Erweiterung bzw. des erfolgten Umbaus über 300 Ganztagsplätze verfügen werde. Entsprechend der Darstellungen im Ganztagsmonitor liege der Bedarf in Jever bei insgesamt lediglich 218 Ganztagsplätzen. Die Grundschule in Cleverns solle nun – zumindest entsprechend des Wunsches der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen – ebenfalls zu einer Ganztagschule ausgebaut werden, sodass diese künftig 100 Ganztagsplätze anbieten könne, obwohl die Schülerzahlen in den kommenden Jahren weiter sinken und diese Ganztagsplätze nicht benötigt würden. **Sie** hebt hervor, der Ausbau der Grundschule in Cleverns zu einer Ganztagschule sei zudem finanziell nicht tragbar. Ratsfrau Raquet appelliert aus den zuvor genannten Gründen daher an die übrigen Mitglieder des Rates der Stadt Jever, sich an den im Februar 2025 gefassten Ratsbeschluss zu halten und in der heutigen Sitzung des Rates der Stadt Jever nicht von diesem Beschluss

abzuweichen bzw. diesen zu ändern. Abschließend beantragt **sie**, für die Beschlussfassung in dieser Angelegenheit eine geheime Abstimmung durchzuführen.

Ratsherr de Neidels erinnert, dass der Beschluss in der Sitzung des Rates der Stadt Jever am 27. Februar 2025 gefasst worden sei, um die erweiterte Betreuung für die Schulkinder der Grundschule Cleverns weiterhin anbieten zu können. Dieses Angebot habe die Eltern der betroffenen Kinder jedoch nicht zufriedengestellt. Zugleich sei der seinerzeit gefasste Beschluss bislang nicht vollständig umgesetzt worden. **Er** macht deutlich, dass seitens der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion aktuell Wahlkampf auf Kosten der Familien in Cleverns betrieben werde und betont, dass sich die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bereits im vergangenen Jahr ausdrücklich für den Ausbau der Grundschule Cleverns zur Ganztagschule ausgesprochen habe. **Ratsherr de Neidels** hebt des Weiteren das von der Projektgruppe erarbeitete Konzept für die Grundschule Cleverns als Ganztagschule lobend hervor, da mit der künftigen Umsetzung dieses Konzepts bezahlbarer Ganztags im dörflichen Rahmen ermöglicht werden könne. Außerdem führt **er** aus, dass die Kostenschätzung für diese angestrebte Baumaßnahme weitaus konkreter gefasst sei, als dies bei anderen Baumaßnahmen in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Die Befürchtung, der Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule könne ebenso wie der derzeit in der Umsetzung befindliche Aus- und Umbau der Paul-Sillus-Schule deutlich kostenintensiver werden, könne er daher nicht teilen, da hinsichtlich des Aus- und Umbaus der Paul-Sillus-Schule unter anderem auch seitens des Rates der Stadt Jever zusätzliche Entscheidungen getroffen worden seien, die infolgedessen zu Kostensteigerungen führten. **Ratsherr de Neidels** erklärt in diesem Zusammenhang weiterhin, dass nicht jede bauliche Maßnahme zwingend kostenintensiver würde als ursprünglich geplant. Als Beispiel nennt er den Bau einer weiteren Kindertagesstätte in Rahrdum. Diese Baumaßnahme habe den geplanten Kostenrahmen letztlich nicht überschritten. Es sei folglich seiner Ansicht nach davon auszugehen, dass die tatsächlichen Kosten für den beabsichtigten Ausbau der Grundschule in Cleverns zu einer Ganztagschule, welcher im Vergleich zum Bau einer Kindertagesstätte als kleinere Maßnahme bezeichnet werden könne, die geplante Kostenschätzung nicht übersteigen werde. **Er** appelliert sodann an die übrigen Ratsmitglieder, in der heutigen Sitzung des Rates eine weise Entscheidung für die Familien und Kinder in Cleverns zu treffen und weist abschließend darauf hin, dass sich neben dem Stadtelternrat für Kindertagesstätten in der Stadt Jever auch der Stadtelternrat für Schulen in Jever für den Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule ausgesprochen habe.

Ratsherr Albers spricht sich im Namen der Fraktion „Freie Wähler“ zum gegenwärtigen Zeitpunkt insbesondere aufgrund der derzeit angespannten finanziellen Situation der Stadt Jever gegen einen Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule aus und betont, die Diskussionen in dieser Angelegenheit sei seines Erachtens wenig sachlich und vielmehr emotional geführt worden. **Er** macht deutlich, die Stadt Jever verfüge derzeit nicht über die erforderlichen finanziellen Mittel, um die Grundschule in Cleverns entsprechend als Ganztagschule ausbauen zu können, sodass diese bei einer Realisierung einer solchen Maßnahme zwingend über ein Darlehen beschafft werden müssten. Zugleich hebt **Ratsherr Albers** jedoch hervor, dass sich die Fraktion „Freie Wähler“ stets für den Erhalt und die Förderung der dörflichen Grundschulen ausspreche. Dennoch sollte nach Ansicht der Fraktion „Freie Wähler“ zunächst die Maßnahme des Aus- und Umbaus der Paul-Sillus-Schule zu einer Ganztagschule abgeschlossen werden, bevor ein Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule in Erwägung gezogen und letztlich realisiert werde. **Er** gibt des Weiteren zu bedenken, dass sich die finanzielle Situation der Stadt Jever in diesem Jahr deutlich verschärfe. Aus diesem Grund müssten die geplanten Maßnahmen und damit die potenziellen zusätzlichen Ausgaben verstärkt hinterfragt werden. Als Beispiel nennt **Ratsherr Albers** unter anderem die seitens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen geforderte klimaangepasste Umgestaltung des Alten Marktes sowie die vorherige Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes. Ein entsprechender politischer Sachantrag sei gegen Ende des vergangenen Jahres erst zur weiteren inhaltlichen Befassung an den zuständigen

Fachausschuss überwiesen worden. Zu finanzieren sei eine solche Maßnahme seiner Ansicht nach jedoch nicht, sodass seine die Fraktion „Freie Wähler“ eine inhaltliche Befassung mit diesem Antrag abgelehnt habe. **Er** appelliert abschließend an die übrigen im Rat der Stadt Jever vertretenen Fraktionen, künftig sorgsam und mit Bedacht mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln der Stadt Jever umzugehen sowie auf derartige kostspielige Anträge künftig zu verzichten.

Ratsherr Fischer führt für die SPD-Fraktion aus, die Bildung der Kinder stelle ein hohes Gut dar und sei von enormer Bedeutung. Investitionen in die Bildung seien daher unerlässlich. Weiterhin erklärt **er**, dass der Bund und das Land Niedersachsen zwar in der Pflicht seien, den Ausbau der Grundschulen zu Ganztagsgrundschulen finanziell stärker zu unterstützen, jedoch sei es – auch aufgrund der gesetzlichen Fristen – nicht möglich, weiterhin auf finanzielle Unterstützung zu warten, da die betroffenen Eltern und Familien eine zeitnahe Lösung benötigten. **Ratsherr Fischer** hebt hervor, es sei nunmehr notwendig, zu handeln und den Ausbau der Grundschule in Cleverns zu einer Ganztagsgrundschule zeitnah voranbringen. Bezugnehmend auf den in der Sitzung vom 27. Februar 2025 gefassten Ratsbeschluss weist **er** darauf hin, dass sich die Rahmenbedingungen in Cleverns im Vergleich zum vergangenen Jahr geändert hätten. Nunmehr befürworteten unter anderem auch das Kollegium der Grundschule sowie der Stadtelternrat der Schulen in Jever öffentlich einen Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagsgrundschule. Zudem liege nunmehr ein umfassendes pädagogisches Konzept für die Ausgestaltung des Ganztagsangebotes der Grundschule Cleverns vor. **Ratsherr Fischer** macht in diesem Zusammenhang deutlich, der Erhalt des Schulstandortes Cleverns sei von enormer Bedeutung. Um diesen gewährleisten zu können, sei es zwingend notwendig, ein attraktives Bildungs- und Ganztagsangebot vorzuhalten. Sofern dieser Ausbau nun nicht realisiert werden sollte, könne der Schulstandort in Cleverns langfristig gegebenenfalls nicht gesichert werden. **Er** weist zudem darauf hin, dass viele der Nachbarkommunen – insbesondere auch die Stadt Wilhelmshaven – sämtliche in ihrem Gemeinde- oder Stadtgebiet befindlichen Grundschulen zu Ganztagsgrundschulen ausbauen. **Ratsherr Fischer** betont ferner, die Bildung der Kinder in Jever müsse folglich auch durch den Rat der Stadt Jever gefördert und ein entsprechendes Angebot für Cleverns unterbreitet werden. Die Kinder und Bildung müssten durch den Rat der Stadt Jever wertgeschätzt werden. In diesem Zusammenhang erklärt **er** außerdem, dass ohnehin regelmäßig sukzessive Sanierungsmaßnahmen in allen drei städtischen Grundschulen erforderlich seien, für die finanzielle Mittel aufgewendet werden müssten. Zudem könnten bei einem Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagsgrundschule jedoch ebenfalls finanzielle Mittel eingespart werden, da die aktuelle Vorhaltung des Personals für die Betreuung der Kinder in den Nachmittagsstunden entfielen. Abschließend hebt Ratsherr Fischer nochmals die Bedeutung der Investitionen in den Schulstandort Cleverns hervor, um diesen langfristig zukunftssicher zu gestalten und bittet sodann um eine positive Beschlussfassung im Sinne der Bildung und der Kinder.

Ratsfrau Thomßen wirft ein, die Mitglieder des Rates der Stadt Jever seien durchschnittlich 58 Jahre alt und könnten die Lebensrealitäten der heute im Schnitt Mitte 30-jährigen Eltern daher nur schwer einschätzen. **Sie** führt weiterhin aus, zahlreiche Familien seien mittlerweile auf zwei Einkommen angewiesen, um die monatlich anfallenden Kosten tragen zu können. Aus diesem Grund sei eine verlässliche Ganztagsbetreuung für viele der Eltern eine notwendige Voraussetzung dafür, dass Berufstätigkeit grundsätzlich überhaupt möglich sei. Der Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagsgrundschule sei zudem Voraussetzung, um Bildungsgerechtigkeit zu fördern, die Zukunftsfähigkeit der Stadt Jever zu steigern und Sorge dafür zu tragen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Jever Beruf und Familie miteinander vereinbaren könnten. Zugleich weist **Ratsfrau Thomßen** darauf hin, dass es auch ohne die Schaffung eines Ganztagsangebotes in Cleverns erforderlich sei, Sanierungsmaßnahmen in der Grundschule Cleverns zu tätigen. Insgesamt beabsichtige die Stadt Jever folglich nicht nur in die Grundschule in Cleverns zu investieren, weil dort ein Ganztagsangebot vorgehalten werden solle, sondern insbesondere auch, da sowohl diese

Grundschule als auch die Grundschule am Harlinger Weg sanierungsbedürftig seien. **Sie** erklärt außerdem, der demografische Wandel sei auch für die Stadt Jever mit enormen Herausforderungen verbunden. Junge Familien entschieden sich in der heutigen Zeit sehr bewusst, in welcher Gegend sie lebten. Wichtige Kriterien bildeten unter anderem die vorhandenen Betreuungs- und Ganztagsangebote. Um als Stadt Jever auch in Zukunft für junge Familien attraktiv zu bleiben, müssten eben diese Angebote bereitgestellt werden und diese investiert werden. In diesem Zusammenhang bemängelt **Ratsfrau Thomßen** ebenfalls die mangelnde Teilnahme der Ratsmitglieder an der zu dieser Thematik zuvor stattgefundenen Bürgerbeteiligung und spricht sich abschließend für den Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule aus.

Ratsherr Oltmanns spricht sich ausdrücklich gegen die Durchführung einer von der Ratsfrau Raquet beantragten geheimen Abstimmung aus und macht deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie die Eltern und in Präsenz anwesenden Gäste ein Anrecht darauf hätten, zu erfahren, wie die einzelnen Ratsmitglieder in der heutigen Sitzung über den Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule abstimmten.

Ratsherr Ultsch merkt an, dass seitens der Verwaltung bislang noch kein pädagogisches Konzept der Grundschule Cleverns vorgelegt worden sei und eine in der heutigen Sitzung des Rates der Stadt Jever abschließend zu treffende Entscheidung über den Ausbau der Grundschule in Cleverns zu einer Ganztagschule daher seiner Ansicht nach nicht möglich sei.

Frau Ommen wirft ein, dass die Stadt Jever als Schulträgerin für die Erstellung eines pädagogischen Konzeptes für die Grundschule in Cleverns sachlich nicht zuständig sei. Die Zuständigkeit für die Erstellung eines entsprechenden Konzeptes obliege ausschließlich der Schulleitung der jeweiligen Grundschule.

Ratsherr Dr. Bollmeyer betont, die Stadt Jever halte bereits zum aktuellen Zeitpunkt in der Paul-Sillus-Grundschule ein Ganztagsangebot für Kinder vor. Die Paul-Sillus-Schule verfüge zudem bereits über attraktive Angebote für die Grundschulkinder. **Er** erinnert weiterhin, der Rat der Stadt Jever habe gemeinsam mit der Verwaltung seinerzeit entschieden, die Paul-Sillus-Schule entsprechend aus- und umzubauen. Für diese Maßnahme hätten Rat und Verwaltung insgesamt finanzielle Mittel in Höhe von etwa zehn Millionen Euro zur Verfügung gestellt. **Ratsherr Dr. Bollmeyer** führt ferner aus, dass die CDU-Fraktion das Vorhaben, nunmehr auch die Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule auszubauen, aus den zuvor genannten Gründen daher nicht unterstützen könne. **Er** bemängelt in diesem Zusammenhang, dass dieses Ansinnen vielmehr zu Beginn und vor dem Aus- bzw. Umbau der Paul-Sillus-Schule zu einer Ganztagschule hätte diskutiert werden müssen und merkt an, die CDU-Fraktion hätte sich von der Stadt Jever als Schulträgerin gewünscht, dass sie diese Position öffentlich deutlicher vertreten hätte. **Ratsherr Dr. Bollmeyer** erklärt des Weiteren, dass sich auch die CDU-Fraktion grundsätzlich zum Schulstandort Cleverns bekenne und bereits vor einigen Jahren angeregt habe, im Bereich „Rahrdum Ost“ ein neues Baugebiet auszuweisen, sodass der Bedarf an Schulplätzen und Betreuung in diesem Bereich voraussichtlich gestiegen wäre. Allerdings hätten sich sowohl die SPD-Fraktion als auch die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen seinerzeit vehement gegen die Ausweisung eines neuen Baugebietes im Bereich „Rahrdum Ost“ ausgesprochen. Außerdem sei mit einer positiven Beschlussfassung über den Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule nach Ansicht der CDU-Fraktion zu befürchten, dass eine Differenzierung zwischen den Ortsteilen Jever, vertreten durch die Paul-Sillus-Schule, und dem Ortsteil Cleverns, vertreten durch die Grundschule Cleverns, manifestiert werde und bedingt durch das Ganztagschulkonzept der Grundschule Cleverns eine Ungleichheit geschaffen werde. In diesem Zusammenhang weist **er** darauf hin, dass vorgesehen sei, den Mitgliedern des zuständigen Ausschusses für Schule, Jugend, Soziales und Familie zu seiner kommenden Sitzung im April 2026 darzulegen, inwiefern der zukünftige, aufsteigende Rechtsanspruch

auf Ganztagsbetreuung an der Paul-Sillus-Schule auch während des fortschreitenden Bauprozesses organisiert werde und gelingen könne. Auch hinsichtlich des Konzeptes der Schulleitung der Paul-Sillus-Grundschule sei innerhalb der CDU-Fraktion lange beraten worden, ob dieses zustimmungsfähig sei. Letztlich habe die CDU-Fraktion dieses Konzept und somit den Aus- und Umbau der Paul-Sillus-Schule zu einer Grundschule mit Ganztagsangebot unterstützt, da dieses im Ergebnis als äußerst gelungen, professionell und erfolgreich angesehen werde. **Ratsherr Dr. Bollmeyer** gibt zu bedenken, für den Ausbau der Grundschule in Cleverns würden nach den derzeitigen Planungen nunmehr jedoch finanzielle Mittel in Höhe von etwa 565.000,00 € benötigt. Vor diesem Hintergrund erbittet **er** eine Mitteilung dahingehend, mit welchen Mehrkosten erfahrungsgemäß für den Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule zu rechnen sei. Als Beispiele nennt **Ratsherr Dr. Bollmeyer** abschließend zusätzliche Kosten für energetische und barrierefreie Sanierungsmaßnahmen im Bestandsgebäude, Kosten für die Beschaffung von neuem Inventar sowie die Kosten für die Umgestaltung des Außengeländes. Diese zusätzlich anfallenden Kosten seien ebenfalls für die Gesamtmaßnahme von Bedeutung und dürften insgesamt nicht unberücksichtigt bleiben, sodass davon auszugehen sei, dass sich die Gesamtkosten nachträglich voraussichtlich noch erhöhten.

Bürgermeister Albers entgegnet, die Höhe der voraussichtlichen Folgekosten – insbesondere die der Personalkosten – könnten der Beschlussvorlage entnommen werden. Hinsichtlich der voraussichtlichen Baukosten seien die angesetzten 565.000,00 € großzügig angesetzt worden, sodass er davon ausgehe, dass dieser Kostenrahmen auch bei nachträglichen Kostensteigerungen eingehalten werden könne. Die einzigen Kosten, die bislang unberücksichtigt geblieben seien, seien jene für das Inventar. Finanzielle Mittel für die Beschaffung des notwendigen Inventars würden teilweise jedoch bereits mit dem Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2026 zur Verfügung gestellt.

Frau Ommen fügt ergänzend zu, dass mit dem Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2026 insgesamt finanzielle Mittel in Höhe von 10.000,00 € für die Beschaffung neuen Mobiliars für die Grundschule in Cleverns eingeplant seien. Diese Investition sei aber ohnehin und unabhängig von einem möglichen Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule vorgesehen.

Bürgermeister Albers teilt mit, dass auch künftig stetig in die städtischen Grundschulen investiert werden müsse, um beispielsweise energetischen Voraussetzungen entsprechen zu können. Für den reinen Anbau und Umbau der Paul-Sillus-Schule werde bei einer aktuellen Schülerzahl von 281 insgesamt eine Investition von derzeit etwa neun Millionen Euro getätigt. Im Jahr 2031 werde sich die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an der Paul-Sillus-Schule nach der aktuellen Prognose auf 207 belaufen. In Cleverns sei geplant, 565.000,00 € für den Ausbau der dortigen Grundschule zu einer Ganztagschule zu investieren. In Cleverns belaufe sich die Schülerzahl derzeit auf 95 Schülerinnen und Schüler, im Jahr 2031 auf voraussichtlich 68. Im Verhältnis zu den Schülerzahlen seien die Investitionen insgesamt somit verhältnismäßig. **Er** macht deutlich, sofern sich gegen einen beabsichtigten Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule ausgesprochen werde, müsse sich folgerichtig auch gegen etwaige Sanierungsmaßnahmen an der Grundschule am Harlinger Weg ausgesprochen werden. Um jedoch eben die Grundschule am Harlinger Weg nicht außer Acht zu lassen, sei angedacht, ein ganzheitliches Schulbauprogramm aufzulegen, mit dem alle drei Schulstandorte gleichermaßen berücksichtigt würden. Neben dem Ausbau der Grundschule in Cleverns zu einer Ganztagschule, sei angedacht, in der Grundschule im Harlinger Weg einzelne Räumlichkeiten auszubauen. **Der Bürgermeister** berichtet, dass aus diesem Anlass auch bereits eine Begehung mit Vertreterinnen bzw. Vertretern des Regionalen Landesamtes für Schule und Bildung (RLSB) (Landesschulbehörde) stattgefunden habe, in deren Rahmen bereits festgehalten worden sei, dass an der Grundschule am Harlinger Weg künftig eine Schulbibliothek sowie ein Mehrzweckraum vorgehalten werden solle. Für die Umsetzung

dieser Planung müssten voraussichtlich erheblich mehr finanzielle Mittel aufgewendet werden als für den Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule. **Bürgermeister Albers** spricht sich aus den zuvor genannten Gründen daher für einen Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule aus, zeigt jedoch angesichts der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen für die Stadt Jever zugleich Verständnis für die Äußerungen der CDU-Fraktion, der Fraktion „Freie Wähler“ und der FDP-Fraktion. Gleichwohl hebt **er** abschließend hervor, dass ein Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule dazu beitrage, dass Cleverns als Ortsteil insgesamt attraktiv bzw. langfristig erhalten bleibe und das Bildungsangebot in Jever gefördert bzw. gesteigert werde.

Ratsherr de Neidels merkt bezugnehmend auf die Ausführungen des Ratsherrn Dr. Bollmeyer zum in der Vergangenheit von der CDU-Fraktion angeregten Entwicklung des Baugebietes „Rahrdum Ost“ an, dass die Kinder, die künftig in diesem zu entwickelnden Baugebiet wohnen würden, gemäß der aktuell geltenden Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Jever vom 15. Dezember 2022 dem Einzugsgebiet der Grundschule Harlinger Weg zugeordnet wären. Somit hätte eine damalige Realisierung dieses eventuellen Neubaugebietes keine Auswirkungen auf die Schülerzahlen in Cleverns gehabt.

Ratsherr Harjes wirft zusammenfassend ein, entweder müsse sich der Rat der Stadt Jever für den Ausbau der Grundschule in Cleverns zu einer Ganztagschule aussprechen, um langfristig auch den Schulstandort erhalten zu können, oder der Schulstandort Cleverns müsse zukünftig geschlossen werden, da er – auch aufgrund der stetig sinkenden Schülerzahlen – nicht gehalten werden könne. **Er** führt weiterhin aus, Investitionen, beispielsweise für die Beschaffung neuen Mobiliars oder für den Austausch von Fenstern seien auch ohne die Schaffung eines Ganztagsangebots in Cleverns zu gegebener Zeit zwingend erforderlich, sodass es seiner Ansicht nach wenig zielführend sei, diese Kosten anzubringen, um sich gegen den Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule auszusprechen. **Ratsherr Harjes** hebt abschließend hervor, die zu investierenden finanziellen Mittel seien im Vergleich zu den derzeit an der Paul-Sillus-Schule in der Umsetzung befindlichen Maßnahmen eher gering und würden zugleich jedoch ebenfalls eine enorme Investition in die Zukunft des Bildungsstandortes sowie der Kinder darstellen.

Ratsfrau Raquet bemängelt die Ausführungen des Bürgermeisters Albers, da ein Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagschule finanzielle Mittel erfordere, die die Stadt Jever derzeit nicht aufwenden könne. Aufgrund der prognostizierten Schülerzahlen in Jever sei ein solcher Ausbau zudem nicht adäquat zu begründen. **Sie** beantragt sodann, eine namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt durchzuführen, sofern ihr Antrag auf eine geheime Abstimmung nicht positiv beschieden werde.

Ratsherr Ulferts teilt mit, es sei nicht nachvollziehbar, dass zusätzliche Räumlichkeiten geschaffen und somit zusätzliche Investitionen getätigt würden, um ein weiteres Ganztagsangebot zu schaffen, wenn bereits ein qualitativ hochwertiges in Jever vorhanden sei, welches zudem den erforderlichen Bedarf decke. **Er** betont, die CDU-Fraktion setze sich dafür ein, dass ausreichend Ganztagsplätze in Jever vorgehalten werden könnten und unterstütze dies. Zugleich spricht sich **Ratsherr Ulferts** jedoch dagegen aus, zusätzliche finanzielle Mittel, die der Stadt Jever derzeit nicht zur Verfügung stehen würden, aufzuwenden, um neue Ganztagsplätze zu schaffen, die entsprechend der aktuellen und prognostizierten Schülerzahlen definitiv nicht benötigt würden. Die aktuell junge Generation sowie auch künftige Generationen müssten für die heutige Entscheidung einstehen und die in der Gegenwart getätigten Schulden finanzieren. **Er** macht deutlich, dass die künftige Verschuldung der Stadt Jever ebenfalls dazu führen könne, dass die hiesigen diversen Freizeitangebote, die die Stadt attraktiv machten, zukünftig nicht mehr angeboten werden könnten, sodass die Stadt Jever sowie ihre Aufenthaltsqualität nachhaltig geschädigt würde.

Eine solche Entwicklung müsse zwingend verhindert werden. Abschließend betont **Ratsherr Ulferts**, dass der Schulstandort Cleverns seiner Ansicht nach auch ohne Ganztagsangebot weiterhin bestehen bleiben werde.

Auf Nachfrage des **Ratsherrn Ultsch** teilt **Bürgermeister Albers** mit, dass das Land Niedersachsen die Grundschule Cleverns schließen könne, wenn diese von zu wenigen bzw. von keinen Kindern besucht würde. Darüber hinaus stellt **er** hinsichtlich des pädagogischen Konzeptes der Grundschule Cleverns klar, dass dieses von der Schulleitung in Zusammenarbeit mit den Elternvertretungen innerhalb eines Monats erarbeitet worden sei, damit dieses zeitnah im zuständigen Ausschuss für Schule, Jugend, Soziales und Familie hätte vorgestellt werden können. Um die Grundschule Cleverns letztlich zu einer Ganztagsschule ausbauen zu können, sei neben der entsprechenden Beschlussfassung des Rates der Stadt Jever auch eine Zustimmung der Landesschulbehörde erforderlich, die auf der Grundlage eines pädagogischen Konzeptes der Schulleitung letztlich eine abschließende Entscheidung über die Einrichtung einer Ganztagsschule zu treffen habe. Zuvor sei zudem noch ein entsprechender Antrag der Schulleitung an die Landesschulbehörde zu stellen. **Der Bürgermeister** weist darauf hin, Aufgabe des Rates der Stadt Jever sei somit lediglich, zu entscheiden, ob die für die Einrichtung der Grundschule in Cleverns notwendige räumliche Veränderung am Schulstandort Cleverns geschaffen werden solle oder nicht.

Ratsherr Theemann erinnert, dass die Stadt Jever vor einigen Jahren die richtige, strategische Entscheidung getroffen habe, ein Ganztagsangebot für Grundschulkinder an einer zentralen Stelle zu schaffen, damit dieses qualitativ hochwertig ausgestaltet werden könne. Seinerzeit sei sich mehrheitlich explizit gegen mehrere schulische Standorte für die Ganztagsbetreuung ausgesprochen worden. **Er** bemängelt, dass nun von dieser Entscheidung abgewichen werden solle und die Kommunalpolitik für die Bürgerinnen und Bürger somit nicht verlässlich sei. **Ratsherr Theemann** führt weiterhin aus, sowohl der Bund als auch das Land Niedersachsen seien bereits hoch verschuldet. Auch die Stadt Jever werde in diesem Haushaltsjahr neue Schulden aufnehmen müssen. **Er** betont, es sei nunmehr mehr denn je von enormer Bedeutung, die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel mit Bedacht einzusetzen und nach Möglichkeit auch Einsparungen vorzunehmen, um die finanzielle Situation der Stadt nicht weiter zu verschärfen.

Ratsherr Schüdzig wirft ein, seiner Ansicht nach sei es vernünftiger, die Fertigstellung des Aus- und Umbaus der Paul-Sillus-Schule zunächst abzuwarten, ehe über einen Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagsschule nachgedacht werde. Zudem sei es derzeit ungewiss, ob ausreichend Lehrkräfte vorhanden seien, um ein Ganztagsangebot an beiden Grundschulen zu ermöglichen. Aus diesem Grund sei es wichtig, dass seitens des Landes Niedersachsen zunächst mehr Lehrkräfte ausgebildet würden, um Bildung zu sichern und zu stärken. **Er** spricht sich abschließend zum jetzigen Zeitpunkt sodann gegen einen Ausbau der Grundschule Cleverns zu einer Ganztagsschule aus.

Ratsfrau Beckmann hebt die ausführliche und durchaus emotional geführte Diskussion lobend hervor und spricht sich für die Durchführung einer namentlichen Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt aus, da es von enormer Bedeutung sei, dass die Abstimmung in diese Angelegenheit transparent und insbesondere auch das Abstimmungsergebnis sehr präzise protokolliert werde.

Bürgermeister Albers weist vor Abstimmung darauf hin, dass die Durchführung einer geheimen Abstimmung gemäß § 64 Abs. 3 S. 6 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) rechtlich nicht zulässig sei, da zwei Ratsmitglieder durch Zuschaltung per Videokonferenztechnik an der heutigen Sitzung teilnehmen würden. Dennoch sei zunächst eine Abstimmung über die Durchführung einer geheimen Abstimmung durchaus möglich. An dieser Abstimmung dürften auch die

Ratsfrauen Bunjes und Dr. Koch, welche durch Zuschaltung per Videokonferenztechnik an der heutigen Sitzung teilnehmen würden, teilnehmen.

Der Ratsvorsitzende bittet sodann um Abstimmung über den seitens der Ratsfrau Raquet gestellten Antrag, für die Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt eine geheime Abstimmung durchzuführen. **Er** weist zunächst darauf hin, dass gemäß § 14 Abs. 6 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse und die nach besonderen Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse der Stadt Jever eine einfache Mehrheit erforderlich sei, um die geheime Abstimmung zu beschließen.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 10 Nein 19 Enthaltung 1

Der Ratsvorsitzende lässt abschließend über den seitens der Ratsfrau Raquet gestellten Antrag, für die Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt eine namentliche Abstimmung durchzuführen, abstimmen. **Er** weist darauf hin, dass gemäß § 14 Abs. 5 S. 2 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse und die nach besonderen Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse der Stadt Jever mindestens eine Zustimmung von einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder vorhanden sein müsse, um eine namentliche Abstimmung realisieren zu können.

Abstimmung: mit einer Zustimmung von einem Drittel beschlossen: Ja 29 Nein 0 Enthaltung 1

Sodann beschließt der Rat der Stadt Jever:

Dem vorgestellten Konzept wird zugestimmt.

Die Grundschule Cleverns stellt zum nächstmöglichen Zeitpunkt im Einvernehmen mit der Stadt Jever als Schulträgerin den Antrag auf Einrichtung einer Ganztagschule.

Die Grundschule Cleverns stellt sicher, dass der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder gemäß SGB VIII in einem Umfang von acht Zeitstunden an fünf Werktagen erfüllt wird.

Die Stadt Jever schafft die entsprechend dem vorgestellten und der Niederschrift als Anlage beigefügtem Konzept erforderlichen räumlichen und sächlichen Voraussetzungen.

Albers, Jan Edo, Bürgermeister	ja
Albers, Udo	nein
Beckmann, Sina	ja
Berghaus, Beate	ja
Bollmeyer, Matthias, Dr.	nein
Bunjes, Gertrud	ja
de Neidels, Oliver	ja
Fischer, Stefan	ja
Haartje-Graalfs, Christina	ja
Harjes, Olaf	ja
Hartwig, Marcus	nein
Janßen, Dieter	ja
Koch, Nicola, Dr.	ja
Kourim, Frank	ja
Montigny, Bettina	ja

Oltmanns, Karl	ja
Raquet, Sibylle	nein
Rasenack, Marianne	ja
Remmers, Andrea	nein
Remmers, Jenny	nein
Rott, Gerhard	nein
Schüdzig, Herbert	nein
Theemann, Hendrik	nein
Thomßen, Almuth	ja
Ulferts, Kai	nein
Ultsch, Jürgen	Enthaltung
Vredenburg, Elke	ja
Weil, Elke	nein
Volken, Wilfried	Enthaltung
Zillmer, Dirk	nein

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 16 Nein 12 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 16. Entscheidung über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen durch den Rat der Stadt Jever

VA Nr. 78 vom 10. Februar 2026
Vorlage: BV/1210/2021-2026

Auf Nachfrage des **Ratsherrn Hartwig** teilt **Frau Ommen** mit, dass die jährliche Spende der Philipp-Orth-Stiftung seitens der Verwaltung sehr unbürokratisch an Bedürftige verteilt und ausgezahlt würde.

Der Rat der Stadt Jever beschließt sodann:

Die entsprechend der beigefügten Anlage für die Stadt Jever eingegangenen Spenden in Höhe von insgesamt 12.975,77 € werden gemäß § 111 Abs. 8 NKomVG angenommen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 17. Anfragen und Anregungen

Keine Anfragen und Anregungen.

TOP 18. Schließen des öffentlichen Teiles der Sitzung

Der Ratsvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Ratssitzung.

Genehmigt:

Dieter Janßen

Vorsitzender

Jan Edo Albers

Bürgermeister

René Meins

Protokollführer